

# Stenographisches Protokoll.

## 72. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Freitag, den 16. April 1920.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Gewährung von außerordentlichen Steuerzuschüssen zu den auf Grund des Gesetzes von 25. April 1919, St. G. Bl. Nr. 245 (Invalidentenschädigungsgesetz) gebührenden Renten (809 der Beilagen). — 2. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (770 der Beilagen), betreffend Steuerzulagen zu Unfallrenten (798 der Beilagen). — 3. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (771 der Beilagen), betreffend Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbrudern (799 der Beilagen). — Eventuell: 4. Bericht des Hauptausschusses über den Antrag des Abgeordneten Johann Gürtler und Genossen (721 der Beilagen), auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission über das Gebaren der Sachdemobilisierung im Arsenal, den verschiedenen Lagern, Magazinen zc. (808 der Beilagen).

### Inhalt.

#### Buchschrift der Staatskanzlei,

Betreffend den Beschluß der Nationalversammlung vom 19. Jänner 1920, in Angelegenheit der Herausgabe der Statistik der Wahlen zur Nationalversammlung und den Landtagen ([Seite 2069] — Zuweisung an den Verfassungsausschuß [Seite 2069]).

#### Vorlage der Staatsregierung.

Zuweisung von 800 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 2040).

#### Verhandlungen.

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (801 der Beilagen), betreffend die Gewährung von erhöhten Steuerzulagen zu den auf Grund des Gesetzes vom 25. April 1919, St. G. Bl. Nr. 245 (Invalidentenschädigungsgesetz), gebührenden Renten (809 der Beilagen) — Redner: Berichterstatter Klezmayer [Seite 2070 und 2074], die Abgeordneten Edlinger [Seite 2070], Pich [Seite 2071], Farrer [Seite 2073] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 2075]).

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (770 der Beilagen), betreffend Teuerungszulagen zu Unfallrenten (798 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Steinegger [Seite 2075], Abgeordneter Dr. Urjin [Seite 2076] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 2077]).

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (771 der Beilagen), betreffend Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbrüderladen (799 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Zwanzger [Seite 2078] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 2079]).

Bericht des Hauptausschusses über den Antrag des Abgeordneten Johann Gürtler und Genossen (721 der Beilagen) auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission über das Gebaren der Sachdemobilisierung im Arsenal, den verschiedenen Lagern, Magazinen zc. (808 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Abram [Seite 2079 und 2099], die

Abgeordneten Johann Gürtler [Seite 2083], Dr. Straßner [Seite 2085], Friedmann [Seite 2087], Edlinger [Seite 2090], Paulitsch [Seite 2090], Regner [Seite 2091], Krözl [Seite 2094], Zwanzger [Antrag auf Schluß der Debatte — Seite 2095] — Generalredner kontra: Abgeordneter Luttenberger [Seite 2095] — Generalredner pro: Abgeordneter Rittinger [Seite 2096] — Annahme des Antrages des Hauptausschusses [Seite 2100].

### Ausschüsse.

Zuweisungen:

1. 803 der Beilagen an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht (Seite 2100);
2. 802, 804 und 806 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 2100);
3. 805 der Beilagen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Seite 2100).

## Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. der Abgeordneten Heisl, Fischer und Genossen, betreffend Erlassung eines Gesetzes über die Regelung der Berufsverhältnisse im Musiker- und Musiklehrerstande (811 der Beilagen);
2. des Abgeordneten Dr. Urjin und Genossen, betreffend Gewährung einer Notstandshilfe für die Abbrändler der Gemeinde Wilhelmsburg in Niederösterreich (812 der Beilagen);
3. des Abgeordneten Dr. Urjin und Genossen, betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Gebahrung der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt (813 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Otto Bauer und Genossen an den Staatssekretär für Justiz, betreffend Miß-

stände in bezug auf die Verhängung und den Vollzug der gerichtlichen Untersuchungshaft (Anhang I, 328/I);

2. der Abgeordneten Dr. Waber, Müller-Guttenbrunn, Dr. Urjin und Genossen an die Staatsregierung, betreffend den widerrechtlichen Mehlbezug seitens der Volkswehr (Anhang I, 329/I);

3. der Abgeordneten Dr. Waber, Dr. Urjin, Dr. Angerer und Genossen an die Staatsregierung, betreffend die Behandlung der Reisenden an der tschecho-slowakischen Grenze (Anhang I, 330/I);

4. des Abgeordneten Stricker und Genossen an den Unterstaatssekretär für Unterricht, betreffend die Behinderung der Insription der ausländischen jüdischen Studenten an den Grazer Hochschulen (Anhang I, 331/I);

5. des Abgeordneten Paulitsch und Genossen an den Staatssekretär für Verkehrsweisen wegen des Eisenbahnverkehrs Kärnten—Wien (Anhang I, 332/I);

6. der Abgeordneten Farrer, Gruber und Genossen an den Staatskanzler als Leiter des Staatsamtes für Äußeres, betreffend Grenzverletzungen seitens ungarischer Grenzsoldaten (Anhang I, 333/I);

7. der Abgeordneten Gröger, Tusch, Gabriel, Hubmann und Genossen an den Staatssekretär für

Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend das Vorgehen des kaufmännischen Gehilfenausschusses der Genossenschaft der Handelsgewerbe in Villach gegen die genossenschaftsangehörigen kaufmännischen Angestellten (Anhang I, 334/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 16. April 1920:

die Regierungsvorlagen 801 und 807 der Beilagen;

die Anfragebeantwortung 132;

der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft 810 der Beilagen;

die Anträge 802 bis 806 der Beilagen.

---



## Beginn der Sitzung: 3 Uhr 25 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Reich**, dritter  
Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: Dr. **Angerer**, **Forstner**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersich** für Inneres  
und Unterricht, Dr. **Ramek** für Justiz, Dr.  
**Deutsch** für Heereswesen, Dr. **Reisch** für Finanzen,  
**Glöckler** für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur  
**Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und  
Bauten, **Hanusch** für soziale Verwaltung, Dr.  
**Ellenbogen**.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** und  
**Miklas** im Staatsamte für Inneres und Unter-  
richt, Dr. **Eisler** im Staatsamte für Justiz,  
Dr. **Waiss** im Staatsamte für Heereswesen, Dr.  
**Reisch** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Auf der Bank der Regierungsver-  
treter: Sektionschef Dr. **Kaan**, Sektionschef Dr.  
**Kretschmer** und Regierungsrat Dr. **Mumelter**  
vom Staatsamt für soziale Verwaltung.

**Präsident:** Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll der Sitzung vom 13. April  
ist in der Kanzlei zur Einsicht aufgelegt, ist  
unbeanstandet geblieben und gilt daher als ge-  
nehmigt.

Es ist eine Zuschrift der Staatskanzlei  
eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Dr. **Angerer** (*liest*):

„An

das Präsidium der Konstituierenden National-  
versammlung!

Die Staatskanzlei hat den mit der dortigen  
Note, Z. 897/K. N. V. vom 19. Jänner 1920,  
mitgeteilten Beschluß der Nationalversammlung dem  
Präsidium der Statistischen Zentralkommission zur  
Kenntnis gebracht. Dieses hat in der Angelegenheit  
nunmehr berichtet, daß die Statistik für die Wahlen  
in die Nationalversammlung vom 16. Februar 1919  
nach Wahlkreisen tabellarisch und analytisch be-  
arbeitet, bereits zu Beginn des Sommers 1919  
als erstes Heft der „Beiträge zur Statistik Deutsch-  
österreichs“ erschienen ist, das im Anschluß über-

mittelt wird. Im zweiten, soeben erschienenen Heft  
dieser Sammlung findet sich eine Darstellung der  
Wahlergebnisse vom 16. Februar 1919 nach den  
Städten mit eigenem Statut, nach Gerichts- und  
politischen Bezirken sowie nach Größengruppen der  
Gemeinden unter namentlicher Anführung der Ge-  
meinden mit mehr als 5000 Einwohnern.

Über die Ergebnisse der Landtagswahlen  
1919 sei gegenwärtig eine tabellarische und text-  
liche Bearbeitung im vollen Gange und werden  
nach Städten mit eigenem Statut, Gerichts-  
politischen und Wahlbezirken gegliedert erscheinen.  
Außerdem soll noch eine Tabelle, die die Er-  
gebnisse der Wahlen für die Nationalversamm-  
lung und für die Landtage gegenüberstellt, veröffent-  
licht werden.

Hinsichtlich der Gegenüberstellung der Wahl-  
ergebnisse nach Gemeinden wird seitens der  
Statistischen Zentralkommission zwar darauf hin-  
gewiesen, daß eine erschöpfende gemeindeweise Ver-  
öffentlichung von Daten in der Regel nicht  
stattfindet und von einem streng sachlichen Stand-  
punkt aus wohl nur für grundlegende Verhältnisse  
von dauernder Bedeutung empfohlen werden könne,  
auch im Hinblick auf die Kosten, die eine so weit-  
gehende Gliederung der Nachweisungen bei dem  
Druck verursache. Die Statistische Zentralkommission  
werde aber im Hinblick auf den ausdrücklichen  
Wunsch der Nationalversammlung diesem Rechnung  
tragen. Die Arbeiten hierfür seien gegenwärtig im  
Gange.

Hieron beehrt sich die Staatskanzlei das  
Präsidium unter Anschluß je eines Exemplares der  
beiden ersterwähnten Veröffentlichungen in Kenntnis  
zu setzen.

Fink.“

**Präsident:** Ich werde diese Zuschrift  
dem Verfassungsausschusse zuweisen.

Wir kommen zur Tagesordnung.

Der erste Punkt ist der Bericht des Aus-  
schusses für soziale Verwaltung über die  
Vorlage der Staatsregierung (801 der  
Beilagen), betreffend die Gewährung von  
erhöhten Teuerungszulagen zu den auf  
Grund des Gesetzes vom 25. April 1919,  
St. G. Bl. Nr. 245 (Invalidentenschädigungs-  
gesetz), gebührenden Renten (809 der Bei-  
lagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Klehmayr; ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Klehmayr**: Hohes Haus! Auf Grund des Beschlusses der 71. Sitzung der Nationalversammlung wurde die Vorlage, betreffend die Gewährung von außerordentlichen Teuerungszuschüssen an Invalide an den Ausschuss für soziale Verwaltung zurückverwiesen und dieser beauftragt, einen neuerlichen Bericht zu erstatten. Mittlerweile wurde von der Staatsregierung ein neuer Gesetzesentwurf unterbreitet, der jetzt dem Hause vorliegt. Diese Vorlage bedeutet insoweit eine Verbesserung, als die bisherige Vorlage — 790 der Beilagen — mehr eine pauschalmäßige Form hatte, während die jetzige Vorlage eine prozentuelle Aufbesserung im Verhältnis zur Arbeitsunfähigkeit des Invaliden herbeiführen will. Die jetzige Vorlage beginnt nicht mit der Stufe von 45 Prozent der Invalidität, sondern mit 35 Prozent. Die Vorlage wirkt aufsteigend bis zur vollständigen Invaliddität. In der Klasse von über 35 bis 45 vom Hundert bleibt der Rentenanspruch auf 65 vom Hundert; in der Klasse von über 45 bis 55 vom Hundert beträgt er 80 vom Hundert; in der Klasse von über 55 bis 65 vom Hundert beträgt er 100 vom Hundert, in der Klasse von über 65 bis 75 vom Hundert 150 vom Hundert und in der Klasse von über 75 vom Hundert 200 vom Hundert, so daß Invalide in der Stufe von über 55 bis 65 vom Hundert gegen früher die doppelte Teuerungszulage gegeben wird, jenen in der Klasse von über 65 bis 75 vom Hundert die zweieinhalbfache und jenen von über 75 vom Hundert aufwärts, in der vollständigen Invaliddität, die dreifache Teuerungszulage. Die durchschnittliche Aufbesserung beträgt 108 Prozent.

Nebstbei bleibt auch noch die im Invalidegesetz bestehende Zulage für die hilflosen Invalide in Beträge von 800 bis 1600 K je nach der Ortsklasse bestehen, so daß hier eine bedeutende Aufbesserung vorliegt.

Der § 1 besagt weiters, daß Witwen, die dauernd erwerbsunfähig sind oder das 55. Lebensjahr überschritten haben, eine Aufbesserung auf 150 vom Hundert des Rentenanspruches bekommen und zu den sonstigen Hinterbliebenenrenten, die sich bisher immer nur auf Witwen und Waisen usw. beschränkt haben, tritt nun eine 100prozentige Erhöhung der Teuerungszulage. Der § 2 besagt (liest):

„Der Staatssekretär für soziale Verwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatssekretär für Finanzen die Teuerungszulagen nach § 63 des Invalidebeschädigungsgesetzes in einem den Rahmen dieses Gesetzes nicht übersteigenden

Ausmaße für die Zeit nach dem 30. Juni 1920 entweder einheitlich oder für bestimmte Gebiete nach Maßgabe der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Notwendigkeit weiter zu gewähren.“

§ 1 bestimmt noch, daß die Gesetzesvorlage vom 1. März 1920 an rückwirkend ist, so daß diese Kriegsbeschädigten und Witwen derselben eine Nachzahlung erhalten würden.

Ich möchte hier noch eine Klage erwähnen, die von seiten der Witwen vorgebracht worden ist, die dahin geht, daß nicht besonders Rücksicht auf jene Witwen genommen worden ist, die zwar erwerbsfähig sind, jedoch eine größere Kinderanzahl zu betreuern haben. Da ist nun verlangt worden, daß diese Witwen trotz ihrer Erwerbsfähigkeit nicht übergangen, sondern gleichfalls bedacht werden sollen. Nun möchte ich hier darauf verweisen, daß im Absatz c des § 1 ausdrücklich von sonstigen Hinterbliebenenrenten“ gesprochen wird; es sind hier jene Frauen gemeint, die Witfrauen geblieben sind, und diese Frauen sowie ihre Kinder sollen einer allgemeinen Erhöhung teilhaftig werden.

Nachdem der Ausschuss für soziale Verwaltung der Gesetzesvorlage zugestimmt hat, bitte ich das hohe Haus, den vorliegenden Entwurf zum Beschlusse erheben zu wollen.

**Präsident**: Das Gesetz enthält nur drei Paragraphen. Ich werde die General- und Spezialdebatte unter Einem führen. (Zustimmung).

Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Edlinger gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Edlinger**: Hohes Haus! Zu dem jetzt eingebrachten Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, zwingen mich verschiedene Gründe. Vor allem ist es das Bewußtsein, daß jene Menschen, die durch den Krieg an ihrer Gesundheit schweren Schaden gelitten, welche Hand oder Fuß verloren oder sonstige schwere körperliche Beschädigungen erlitten haben, aber auch diejenigen, welche ihren Gatten, ihren Vater, ihren Ernährer hingeben mußten, die Unglücklichsten und Schwerstgetroffenen des Krieges sind. Die Leiden kann kein Gesetz gut machen und die Invalidität wird durch keine Rente behoben. Das hohe Haus hat durch verschiedene bereits beschlossene Gesetze diesem Gedanken schon teilweise Rechnung getragen, es war dies auch der leitende Gedanke bei der Einbringung des vorliegenden Entwurfes. Dieser neue Gesetzentwurf bedeutet eine Erweiterung und eine Würdigung der Verhältnisse und Umstände und ist nur zu begrüßen. Es ist aber tief zu beklagen, daß die bisherigen diesbezüglichen Gesetze, man kann fast sagen, ganz unbeachtet geblieben sind. Die meisten in

Betracht kommenden Behörden können sich nur schwer, viele gar nicht entschließen, sich endlich an die Beobachtung und Durchführung der schon längst herausgegebenen Gesetze zu halten. Die Invaliden, die Kriegervitwen und Kriegervaisen, für welche diese Renten ohnedies nur eine Linderung der Not bedeuten, können in den meisten Fällen nicht einmal diese erhalten, obwohl die betreffenden Gesetze schon längst in Kraft getreten sind. Die Leute werden nun um ihr gutes Recht gebracht, sie werden vertriebt, in manchen Fällen entschließt man sich, ihnen großmütig einen kleinen Vorschuß zu geben oder vielleicht die Unterhaltsbeiträge weiter auszubezahlen, ehe man dazu bereit wäre, die Rechte dieser unglücklichen Opfer zu beachten.

Die Durchführung des Gesetzes ist äußerst fehlerhaft und mangelhaft und deshalb, hohes Haus, möchte ich den Herrn Staatssekretär für soziale Verwaltung eindringlichst bitten, die in Betracht kommenden Behörden unverzüglich und auf das entschiedenste zu verhalten, das Gesetz, betreffend die Invaliden, Kriegervitwen und -vaisen, endlich zur Durchführung zu bringen und die Rentenbescheide an die Invaliden, Kriegervitwen und -vaisen auszugeben, damit diese Kriegsoffer einmal erfahren, wie ihre gesetzlichen Rentenansprüche sind. Dieses mein eindringliches und entschiedenes Ersuchen soll sich auch auf dieses Gesetz erstrecken, damit es nach Genehmigung durch das hohe Haus unter allen Umständen ehealdigst zur Durchführung komme und die Leute nicht wieder monatelang auf die tatsächliche Durchführung dieses Gesetzes warten müssen.

Eine weitere Forderung habe ich im Namen der Invaliden zu stellen: Es müssen die Invalidenheime, die wir von der alten Regierung übernommen haben, ihrer Zweckbestimmung zugeführt werden. Es gibt eine Anzahl von Invalidenheimen, die nur zum geringsten Teil Invalide beherbergen. Invalidenheimen, in denen alle möglichen anderen Leute, nur fast keine Invaliden zu treffen sind, brauchen wir nicht. Aus den Invalidenheimen sind alle Personen zu entfernen, die nicht anspruchsberechtigte Invalide sind. Nach diesem großen Reine machen wären die Invalidenheimen sofort mit pflegebedürftigen Invaliden zu besetzen, die Verwaltung der Invalidenheimen wäre kaufmännisch zu führen, aller unnötige Bureaufatismus wäre zu entfernen.

Weiters habe ich einen Resolutionsantrag einzubringen; ich werde ihn vorlesen und möchte das hohe Haus bitten, ihm zuzustimmen. Er lautet (liest):

„Die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich alle Maßnahmen zu treffen, damit die nach dem Invalidenschädigungsgesetz Anspruchsberechtigten in den nächsten Monaten in den Besitz der Rentenbescheide kommen.“

Ferner wolle die Regierung die bis heute geschaffenen Invalidenheimen ausschließlich für die Aufnahme von Kriegsinvaliden bereitstellen.“

Kurz zusammengefaßt, fordere ich die rasche Durchführung der Invalidengesetze, die ehealdigste Herausgabe der Rentenbescheide an alle Invaliden, die zweckmäßige Verwendung der Invalidenheimen, selbstverständlich nur für Invalide, und deshalb bitte ich das hohe Haus, meinem eingebrachten Resolutionsantrage zuzustimmen. (Beifall.)

**Präsident:** Weiters hat sich zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Pick; ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Pick:** Hohes Haus! Das Vermächtnis des alten Regimes im alten Österreich ist, daß unsere arme Republik für die Schäden aufzukommen hat, die der fluchwürdige Krieg der Bevölkerung geschlagen hat. Das furchtbarste Vermächtnis aber besteht darin, daß uns die Aufgabe obliegt, für die Invaliden vorzusorgen, die nicht im Dienste dieses Staates, sondern im Dienste eines zum Glück verendeten Staates invalid geworden sind. Uns ist aber die Pflicht geworden, hier helfend einzugreifen, und es ist selbstverständlich — schon die primitivste Menschlichkeit gebietet es —, daß wir soweit als nur möglich zugreifen, damit das Elend, welches durch Gesetze leider nicht zu beheben ist, wenigstens gemildert werde. Unsere Republik hat als der erste Staat sich daran gemacht, die Ansprüche der Invaliden gesetzlich festzulegen. Der Umstand, daß wir kurze Zeit nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes schon daran gehen, das Gesetz zu verbessern, spricht durchaus nicht dafür, daß unser Invalidengesetz unbrauchbar oder nicht zeitgemäß wäre, aber es genügt nicht mehr. Wie ja alles ungenügend wird in dieser Zeit, in der wir leben, in der alles fließt, in der insbesondere die Geldentwertung alle Gesetze, die irgendwelche feste Sätze enthalten, bald als überholt erscheinen läßt. In diesem Punkte ist also unser Invalidengesetz änderungsbedürftig und wieder wollen wir versuchen, soweit es unsere Mittel gestatten, den Invaliden entgegenzukommen. Wir können freilich nicht so wie wir möchten, denn ginge es nach unserem Herzen, so würden wir natürlich am liebsten jeden Invaliden, jeden der bedauernswerten Menschen, die im Kriege etwas abbekommen haben, ganz unter die Obhut des Staates nehmen. Dazu ist aber dieser Staat zu klein, dazu ist die Bevölkerung zu sehr ausgezogen und der alte Staat ist den Invaliden ganz einfach davongelaufen. Als sie zurückkamen, fanden sie den alten Staat nicht mehr vor, es erging ihnen ähnlich wie mit einem flüchtigen

Schuldner. Nicht minder schlecht geht es unseren Invaliden auch in einem Teile unserer Öffentlichkeit. Es muß das gesagt werden. Es gab wohl eine Zeit im Kriege, insbesondere in den ersten Jahren des Krieges, wo man den Invaliden liebevoll begegnete, wo man bemüht war, ohne Gesetz zu helfen. Es war die Zeit, wo jeder Invalide einen daran gemahnt hat, daß vielleicht zur selben Zeit, wo wir seiner ansichtig werden, vielleicht ein uns Nächster auch schon zum Krüppel geschossen ist. Es war die Zeit, wo man weniger Invalide zu Gesicht bekam, es war die schöne Zeit, wo die zahlungsfähigen Kreise der Bevölkerung sich wirklich mit Spenden einstellten. Das ist vorbei. Seit dem Zusammenbruch sind die Kreise der Besitzenden den Invaliden gegenüber ziemlich gefühllos geworden.

Wir sehen heute, daß man es wieder selbstverständlich findet, daß der Invalide auf der Straße seine körperlichen Gebrechen aufzeigt. Nur wenige gibt es, die der Meinung sind, daß alles vorzuziehen wäre, damit dieses traurige Schauspiel, welches wir aus früherer Zeit wohl gewohnt sind, daß im Kriege invalid gewordene Menschen betteln müssen, aufhört. Da also das öffentliche Mitleid sozusagen gänzlich versagt hat, ist es doppelte Pflicht der Gesetzgebung, hier einzugreifen. Wir müssen das um so mehr tun, als die Monarchie und insbesondere die Repräsentanten der Monarchie nach dieser Richtung alles schuldig blieb. Man muß auch heute, wo es sich um Kriegsinvalide handelt, daran erinnert werden, daß es wohl selbst für diejenigen, die unempfindlich blieben gegen alle jenen Legenden, die man um die Häupter der Regierenden seinerzeit gesponnen hat, etwas ganz Eigenartiges war, zu sehen, daß der Kaiser von Österreich, der den fluchwürdigen Krieg erklärt hat, als er starb, nicht mit einem Worte der schon damals so zahlreichen Invaliden, der schon damals so zahlreichen Kriegswitwen und Kriegerverwaisen gedachte. Nicht ein Heller ist aus den vielen Millionen, die damals zurückgeblieben sind, für diesen Zweck gewidmet worden. Der Nachfolger tat es nicht besser. Er kam über einige für seine Tasche sehr platonische Protektorate nicht hinaus, und so kommt es, daß die ganze Last der Invalidenfürsorge nunmehr auf diesen kleinen Staat übergeht, der, wie man sieht, seinen Aufgaben kaum gewachsen ist, am allerwenigsten aber einer Aufgabe gewachsen sein kann, die weit über seine Kräfte geht. Trotzdem sind wir daran, unser Invalidengesetz für die Invaliden wieder zu verbessern. Die wohlthuende Tendenz dieses Gesetzes besteht darin, daß der Ausschuß einer Anregung Folge geleistet hat, die aus den Kreisen der Invaliden stammt. Ich war selbst Zeuge einer solchen Versammlung von Invaliden, wo ein Arzt auftrat und erklärte, er als Arzt habe Gelegenheit gehabt, bei-

läufig 900 oder 1000 Invalide zu überprüfen und als Arzt gebe er nun den Invaliden und der Gesetzgebung den Rat, es mögen die kleinen Rentner aus dem Geltungsbereich des Gesetzes nach Möglichkeit gänzlich ausgeschieden werden, dafür aber möge man den Schwerverletzten eine recht große Erhöhung der Rente zugestehen. Ich erwähne das in der Nationalversammlung deshalb, weil die damals sehr zahlreich versammelten Invaliden diese Anregung des Arztes nicht nur ohne Widerspruch hinnahmen, sondern sie vielmehr zum allergrößten Teile mit Beifall begrüßt haben. Es ist also angenehm zu konstatieren, daß der Gesetzentwurf, der uns heute vorliegt, sich nach dieser Richtung hin bewegt.

Einige Worte mögen mir noch betreffs der Durchführung des Invalidengesetzes gestattet sein. In den Versammlungen der Invaliden wurde Klage geführt, daß vielfach die ärztliche Untersuchung, eine — wie sie sagen — zu drakonische sei; sie vermuten, daß die Ärzte bei der Feststellung des Invaliditätsgrades irgendwelchen fiskalischen Rücksichten zu entsprechen haben. Wir wollen und dürfen annehmen, daß dem nicht so ist. Wenn man weiß, mit welcher Liebe, mit welcher Zuverlässigkeit, mit welcher Aufopferung unser Staatsamt für soziale Verwaltung sich der Erledigung der Invalidenangelegenheiten schon zu einer Zeit gewidmet hat, bevor noch das Gesetz bestanden hat, wird man keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß irgendwelche Weisungen fiskalischer Art an die Ärzte, die den Invaliditätsgrad zu bestimmen haben, nicht ergehen. Es ist aber gewiß menschlich begreiflich, daß der Invalide, der vom Arzt als minderinvalid erklärt wird, minderinvalid, als er wahrscheinlich selbst erwartet hat, irgendeinen Unmut äußert. Weil es begreiflich ist, möchte ich auch von dieser Stelle aus an die Ärzte, die berufen sind, das Gesetz durchzuführen, die Anschauung gewiß der ganzen Nationalversammlung gelangen lassen, daß wir das, was wir hier den Invaliden gesetzlich geben, ihnen auch tatsächlich geben wollen. Und wenn dieser Gesetzentwurf einen Teil der Invaliden, die Minderverletzten, an dieser Erhöhung nicht teilnehmen läßt, können wir als Gesetzgebung uns wieder auf das Gutachten der Ärzte berufen, welches dahin lautet: 25, 30, ja 35 und 40 Prozent Invalidität ist heute die Invalidität so ziemlich der ganzen Bevölkerung in Deutschösterreich, soweit sie arbeitet; 30, 35 und 40 Prozent Invalidität ist die Invalidität, die beinahe jeder Lungenkranke aufweist. Es ist also begreiflich, daß sich die Gesetzgebung hier von dem Gedanken leiten läßt: diese Invaliden, die eigentlich nicht mehr invalid sind als alle ihre anderen arbeitenden Mitbürger, müssen sich in den Kreis dieser eben auch nicht gefunden, leider ebenso invaliden Mitbürger einreihen und müssen mit diesen arbeitenden Mitbürgern sich darin zusammenfinden.

daß sie, wenn die Zeit dazu gekommen ist — und sie kommt hoffentlich recht bald — ihrer gewerblichen Arbeit ganz zurückgegeben werden. Wir können natürlich zurzeit nicht im entferntesten sagen, ob das, was hier geschieht, genügend ist. Daß wir nach verhältnismäßig wenigen Wochen darangehen müssen, die Teuerungszulagen zu erhöhen, muß uns natürlich in Prophezeiungen vorsichtig machen. Was immer aber auch geschehen mag, das eine, glaube ich, muß heute schon gesagt werden: gesetzlich, auf Grund der Paragraphen allein läßt sich dem Invalidenelend ebensowenig beikommen wie dem allgemeinen Elend überhaupt und unser Invalidenelend ist ja zum großen Teil, wie ich mir schon zu bemerken erlaubte, ein Teil des allgemeinen Kriegselends, in dem wir stecken.

Neben diesem Gesetze beraten wir ja zurzeit auch noch ein anderes Gesetz, welches dem Staatsamt für soziale Verwaltung die Mittel an die Hand geben soll, in einzelnen Fällen, wo die Ausrichtung einer Existenz durch irgendeinen größeren Betrag ermöglicht erscheint, helfend eingreifen zu können. Es darf aber hier auch nicht verschwiegen werden, was uns der Herr Staatssekretär gelegentlich der Ausschußberatung mitzuteilen leider gezwungen war: vielfach werden solche Aushilfen von Spekulanten mißbraucht, die sich, wie an alle Menschen, natürlich auch an Invalide heranschleichen. Vielfach wird mit den mühsam zusammengebrachten Geldern irgendeine fragwürdige Existenz begründet, die schon nach kurzer Zeit wieder zunichte wird. Damit ist mitunter auch ein großer Geldbetrag verloren. Es mögen also die Invaliden von dieser Stelle aus vor den zahlreichen Menschen gewarnt werden, die sich an sie heranschleichen, sie zu Abenteuern verleiten wollen, ihnen Existenzen vorgaukeln, die meist nur Luftgebilde sind.

Meine Partei wird diesem Gesetz in der Erwartung zustimmen, daß den Invaliden wenigstens augenblicklich und einigermaßen dadurch Hilfe wird, und in der Hoffnung, daß es uns in absehbarer Zeit möglich sein wird, den Invaliden auf anderem als auf diesem Wege der Renten zumindest einen Teil der Schuld abzuführen, die wir ihnen alle abzahlen haben.

**Präsident:** Zum Worte gemeldet ist noch der Herr Abgeordnete Parrer.

Abgeordneter **Parrer:** Hohes Haus! Meine geehrten Herren Vorredner haben schon über die Notwendigkeit einer Invalidenunterstützung gesprochen. Es erübrigt mir nur, nachträglich einen Fall zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen, der beweist, daß man noch nicht überall zu der Erkenntnis durchgedrungen ist, daß die Invaliden als besonders un-

glückliche Menschen einer speziellen Berücksichtigung bedürfen.

Es handelt sich in diesem Falle um meine Gemeinde Mannersdorf, wo sich ein Invalider, dem beide Füße fehlen, um die Haupttrafik beworben hat. Er hat den Krieg mitgemacht, hat im Kriege drei Auszeichnungen erhalten und hat, trotzdem er ein Krüppel ist, ein edles Mädchen gefunden, das bereit war, ihm seine traurigen Lebenstage zu verschönern. Dieses Mädchen hat einen großzügigen, edeldenkenden Vater, der diesem Invaliden das erforderliche Geld gegeben hätte, damit er die Haupttrafik übernehmen könne. Alle diese edlen Absichten sind aber an einem Gutachten unserer Finanzkommission gescheitert.

Der Fall ist folgender: Wir haben in der Gemeinde Mannersdorf einen Haupttrafikanten. Schon als ich Bürgermeister war, habe ich diesem Menschen, weil er das öffentlich bewirtschaftete Mehl, das er zu billigen Preisen erhalten hatte, zur Fütterung von Schweinen und Geflügel verwendet hatte, mit Zustimmung der gesamten Konsumenten, also mit Zustimmung der gewerblichen und der Arbeiterkreise die Mehlbewirtschaftung entzogen. Weiters ist erwiesen, daß dieser Mann als Trafikant die Fabrikate im Schleichhandel weiterverkauft hat. Es ist weiters in der Gemeinde erwiesen, daß dieser Mann auch wiederholt große Salzmengen mit riesenprofiten nach Ungarn verkaufte. Weiters ist erwiesen, daß dieser Mann auch ohne Trafik existieren kann, weil er erst einige Jahre die Haupttrafik hat; das Finanzärar hätte daher auf seine Existenzmöglichkeit gar keine Rücksicht nehmen müssen. Wegen Tabakschmuggels wurde er mit 500 K bestraft. Es ist nun merkwürdig, daß ich auf eine Zuschrift, die ich an den Finanzsektionschef Dr. Grimm gerichtet und in der ich das Ansuchen dieses Invaliden namens Josef Polle wärmstens befürwortet habe, von dem Herrn Sektionschef die Antwort erhielt: Der Trafikant Swoboda wurde nur in einem Falle erwischt und mit 500 K bestraft. Er könne daher das Gutachten der Invalidenkommission nicht weiter befürworten.

Der Invalide steht nun weiter hilflos, existenzlos und, ebenso wie seine Angehörigen, verzweifelt da. Ich habe daraufhin mit der Mannersdorfer Arbeiterschaft gesprochen. Wir haben erklärt, daß wir nochmals intervenieren, nochmals alle Kreise auf diesen traffen Fall von Undank gegenüber einem Invaliden aufmerksam machen und, wenn diese gemeinsame Befürwortung des Unterstützungsgesuches nichts nützt, uns entschließen werden, ganz kategorisch diesen Herrn Swoboda, der jetzt die Trafik hat, zu zwingen, daß er freiwillig zurücktritt. Ich hoffe aber, daß das nicht nötig sein und daß das zweite Ansuchen einer besseren Befürwortung, einem besseren Verständnis begegnen wird. Das ist ein krasser

Beweis, wie bürokratisch in manchen Ämtern gearbeitet wird, wie manche Herren, die an der Spitze der Verwaltung stehen, dazu beitragen, daß das Ansehen der Republik immer mehr untergraben wird und daß es bei der Gründung der Republik zeitgerechter gewesen wäre, daß manche dieser Herren verschwunden wären. (Beifall.)

**Präsident:** Es liegt eine Resolution von dem Herrn Abgeordneten Edlinger vor (liest):

„Die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich alle Maßnahmen zu treffen, damit die nach dem Invalidentenschädigungsgesetz Anspruchsberechtigten in dem nächsten Monat in den Besitz der Rentenbescheide kommen.“

Ferner wolle die Regierung die bis heute geschaffenen Invalidentheime ausschließlich für die Aufnahme von Kriegsinvaliden bereitstellen.“

Diese Resolution ist nicht genügend unterstützt. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage und bitte jene Mitglieder, die diese Resolution unterstützen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Die Resolution ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlusswort?

**Berichterstatter Alchmayr:** Hohes Haus! Meine Herren Vorredner haben einzelne Punkte berührt, über die ich mich auch ganz kurz äußern möchte. Wenn unter anderem Herr Kollege Edlinger erwähnt hat, daß hinsichtlich der Auszahlung der Invalidentenschädigungen die entsprechende Form noch nicht gefunden sei und daß alle Invaliden am Fälligkeitstermin ihre Unterstützung bekommen sollten, so wäre es sicherlich sehr erwünscht, wenn jene Stellen, die die Auszahlung vornehmen, dieser etwas mehr Interesse widmen würden. Die Invaliden, die auf diese geringen Beträge angewiesen sind und keine andere Einnahme haben, werden auf die Unterstützung ja gewiß schon schmerzlich warten, wenn jener Tag heranrückt, an welchem sie die Unterstützung bekommen sollten. Ich habe die Hoffnung, daß, wenn es auch bei einem so großen Apparat nicht möglich ist, eine Erledigung sofort bringen zu können, doch in nächster Zeit hier eine bedeutende Besserung Platz greifen wird.

Der Herr Abgeordnete Bid hat davon gesprochen, daß die jetzige Vorlage vielleicht nicht hinreichend sein wird, um den Invaliden, den Witwen und Waisen eine den heutigen Lebensverhältnissen angepasste Unterstützung zu bieten. Wir müssen allerdings zugeben, daß sie nicht hinreichend

ist. Ich habe aber eingangs erwähnt, daß die Regierung und auch der Ausschuß für soziale Verwaltung an dem Gesetze eine bedeutende Änderung vorgenommen haben und daß von unserer Seite noch bessere Formen gesucht wurden. Doch scheiterte dies leider an den verschiedenen Schwierigkeiten, die entgegenstehen. Wenn unter anderem Herr Kollege Parrer erwähnt hat, daß manche Invaliden nicht so berücksichtigt wurden, wie sie berücksichtigt werden sollten, so spricht ja auch in dieser Beziehung der Bericht davon, daß jene Invaliden, deren Erwerbsfähigkeit um weniger als 35 vom Hundert gemindert ist, gerade dadurch eine weitere Einnahme bekommen sollen, daß sie eine Arbeitsbetätigung finden. Hier müssen wir aber leider konstatieren, daß gerade diese minderarbeitsfähigen Arbeiter nicht die notwendige Berücksichtigung finden. Man gibt ihnen immer zur Antwort, daß sie ja Invalide seien. Ich möchte auch gerade an dieser Stelle darauf hinweisen, daß gewisse Maßnahmen getroffen werden sollen, um den Witwen oder den Invaliden Tabaktrafiken oder verschiedene andere Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, um ihre Lebenslage zu erleichtern. Nicht nur, wie Herr Kollege Parrer ausgeführt hat, die politischen Stellen in unseren Ländern, sondern auch teilweise diejenigen Stellen, die über diese Einrichtungen oder über die Verleihung von Tabaktrafiken das Verfügungsrecht haben, stehen den Invaliden direkt ablehnend gegenüber. Ich glaube, daß das Volk Österreichs für die Vermittlung von Abgabestellen doch so viel Interesse haben sollte, eingedenk dessen, daß die Invaliden nicht für ihre eigene Person, sondern für uns, für das österreichische Volk gekämpft haben. Dem sollte man doch auch Rechnung tragen. Nicht nur die politischen Landesstellen sollten auf eine Erleichterung der Lebensführung der Invaliden Bedacht sein, sondern auch von seiten einzelner bürgerlicher Kreise sollte dafür Sorge getragen werden, den Invaliden auch in dieser Form eine Unterstützung zu bieten. Ich hoffe, daß es auf diesem Wege möglich sein wird, den Invaliden die Erkenntnis beizubringen, daß die denkenden Menschen Deutschösterreichs alles aufbieten, um die Lage dieser bedauernswerten Menschen zu mildern, damit sie nicht weiterhin einer verzweifeltsten wirtschaftlichen Lage preisgegeben sind. (Beifall.)

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung. Das Gesetz hat nur drei Paragraphen, ich werde sie, da ein Gegenantrag nicht gestellt ist, unter Einem zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen Abgeordneten, die ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Annegonnenen.

Ich bitte diejenigen Abgeordneten, die auch für Titel und Eingang des Gesetzes stimmen,

sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Gleichfalls angenommen.

Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter **Klehmayr**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt, die dritte Lesung sofort vorzunehmen. Zur Annahme dieses formellen Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Ich ersuche diejenigen Mitglieder, die dem formellen Antrage des Herrn Berichterstatters zustimmen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das Haus hat mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit in diesem Sinne beschlossen.

Ich bitte nun diejenigen Mitglieder, die dem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen. Damit ist das Gesetz über die Gewährung von erhöhten Steuerzuschlägen zu den auf Grund des Gesetzes vom 25. April 1919, St. G. Bl. Nr. 245 (Invalidenentschädigungsgesetz), gebührenden Renten (*gleichlautend mit 809 der Beilagen*) in dritter Lesung endgültig zum Beschlusse erhoben.

Die Resolution, die der Herr Abgeordnete Edlinger gestellt hat, ist bereits verlesen. Ich bitte diejenigen Mitglieder, die dieser Resolution zustimmen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Die Resolution ist angenommen und wird der Regierung abgetreten werden.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (770 der Beilagen), betreffend das Gesetz wegen Steuerzuschlägen zu Unfallrenten (798 der Beilagen). Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Steinegger. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter **Steinegger**: Zu jenen großen Kreisen der Bevölkerung, welche teilweise von feststehenden Bezügen abhängig sind, gehören auch zum Teil die Unfallrentner. Die Maßnahmen, die für die Unfallrentner bisher getroffen worden sind, sind zum großen Teil freiwillige gewesen. Es haben einzelne Unfallversicherungsanstalten freiwillig Steuerzuschüsse usw. gewährt, die natürlich zeitlich eine gewisse Begrenzung haben und die auch eine Einheitlichkeit in der Behandlung der Unfallrentner vermischen lassen. Nachdem nun bereits in Deutschland und in Tschechien die Regelung von

Steuerzuschlägen für die Unfallrentner durchgeführt worden ist, ist auch auf wiederholtes Drängen von Seiten der Länder sowohl wie auch auf Grund eines Antrages, der von dem Abgeordneten Spalowsky und Genossen eingebracht wurde, das Staatsamt daran gegangen, einen Gesetzentwurf wegen Zuerkennung von Steuerzuschlägen zu den Unfallrenten vorzulegen.

Der ursprüngliche Entwurf, der vorgelegt worden ist, hat leider einige Härten aufzuweisen gehabt, die dann der Ausschuss bei seinen Beratungen unter Mithilfe der Funktionäre des Staatsamtes einer Milderung zugeführt hat. So möchte ich insbesondere darauf verweisen, daß man im ursprünglichen Gesetzentwurfe auf jene verunfallten Arbeiter und Angestellten vergessen hatte, die nach § 4 des Unfallversicherungsgesetzes vom 28. Dezember 1887 zu behandeln sind. Es ist daher nach dem § 8 ein neuer Paragraph eingeschaltet worden, der auch diese Kreise bei der Bemessung der Steuerzuschläge zu den Unfallrenten treffen soll. Es sind endlich, wie bei allen neueren Gesetzen, die eine Hilfe für diese großen, unglückseligen, armen Menschenkreise erbringen sollen, auch in diesem Gesetze hauptsächlich auch jene berücksichtigt worden, welche die Hälfte oder zwei Drittel der Vollrente beziehen.

Das Gesetz als solches beinhaltet im allgemeinen eine annehmbare Hilfe gegenüber dem bisherigen Zustande und kann deshalb dem Hause empfohlen werden.

Eine Änderung hat der Ausschuss über Antrag des Berichterstatters in § 1, Absatz 2, Punkt d, vorgenommen, wo der Verfall dieser Steuerzuschläge dann eintritt, wenn der Unfallrentner seinen „vollen“ Lebensunterhalt aus anderweitigen Einnahmen bestreitet, während es früher einfach seinen „Lebensunterhalt“ geheißsen hat, was unter Umständen zu verschiedenen Streitigkeiten Anlaß hätte geben können. Auf die Neueinschiebung des § 9 habe ich bereits hingewiesen.

Die Regelung der Steuerzuschläge geschieht in der Weise, daß für Verletzte mit einer Rente von mehr als drei Vierteln der Vollrente jährlich 1200 K gegeben werden, wobei jedoch die Rente nicht weniger als 2400 K und nicht mehr als 4000 K im Jahre betragen darf. Bei zwei Dritteln der Vollrente beträgt die Zulage 900 K. Hier beträgt der Minimalbetrag 1800 K und der Maximalbetrag 3000 K. Bei solchen, welche über die Hälfte der Vollrente beziehen, beträgt die Steuerzuschläge 600 K, wobei der Minimalbezug 1200 K beträgt und der Maximalbezug 2000 K nicht übersteigen darf. Für die Witwen und die Waisen, dann für die Doppelwaisen, für die Eltern und Großeltern sind solche Steuerzuschüsse eben-

falls festgesetzt worden, für die Witwen oder Witwer mit 360 K, für Waisen mit 120 K, für Doppelwaisen mit 360 K, für Eltern oder Großeltern mit 360 K.

Das Gesetz weist allerdings noch eine gewisse Härte auf, da es im § 1 unter den Ausnahmen heißt, daß solche Rentner, deren Ansprüche auf nunmehr im ausländischen Gebiete gelegene Betriebe basierten, davon ausgeschlossen sind. Meines Wissens liegt zu diesem Gegenstande ein Resolutionsantrag vor, der die Regierung auffordert, ohne Zögern dahin zu wirken, daß jene Unfallsrentner, die österreichische Staatsbürger sind und in einem auf nunmehr ausländischen Gebiet gelegenen Betriebe einen Unfall erlitten haben, ehestens zu den ihnen zukommenden Renten gelangen. Ein solcher Antrag erscheint mir deshalb notwendig, weil sich gerade in den einzelnen besetzten und abgetretenen Gebieten eine Reihe von Unfällen ereignet hat, bei denen die betroffenen Personen heute österreichische Staatsbürger sind, die bei einer solchen Fassung des Paragraphen um die Verbesserung ihrer Rente kommen würden.

Die Rente für jene Personen, die der Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnversicherung unterliegen usw., sollen durch eine Vollzugsverordnung besonders geregelt werden, in analoger Weise wie hier das Gesetz die Renten der übrigen Unfallsrentner im allgemeinen regelt.

Ich schließe mich dem erwähnten Resolutionsantrage an und ersuche das Haus, dem Gesetz und diesem Resolutionsantrage zuzustimmen.

**Präsident:** Ich eröffne die Debatte. Als Regierungsvertreter sind im Hause erschienen Herr Sektionschef Dr. Raan, Herr Sektionschef Dr. Bretschmer und Regierungsrat Doktor Mumelter, alle drei vom Staatsamt für soziale Verwaltung.

Die Abgeordneten Fischer, Kleymayr und Genossen haben einen Resolutionsantrag überreicht, der lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, ohne Verzögerung dahin zu wirken, daß jene Unfallsrentner, die österreichische Staatsbürger sind und in einem auf nunmehr ausländischen Gebiete gelegenen Betriebe einen Unfall erlitten haben, ehestens zu den ihnen zukommenden Renten gelangen.“

Ferner liegt eine Resolution des Herrn Abgeordneten Dr. Urfin vor, welche lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, eine Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes der Nationalversammlung ehemöglichst vorzulegen, und zwar hauptsächlich in folgen-

den Punkten: Übergang vom Kapitaldeckungsverfahren zum Umlageverfahren nach deutschem Vorbilde; verschärfte und wirksame Maßnahmen zur Unfallverhütung; Vereinfachung und Verbilligung des Verfahrens und der Verwaltung und schließlich Einführung des Proportionalwahlrechtes.“

Diese Resolutionen sind gehörig unterstützt und stehen daher in Verhandlung.

Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Urfin. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dr. Urfin:** Hohes Haus! Den Resolutionsantrag, den die Großdeutsche Vereinigung eingebracht hat, haben Sie soeben vernommen.

Zur Begründung des Resolutionsantrages gestatte ich mir folgendes zu bemerken: Es mehrten besonders in der letzten Zeit sich die Stimmen, daß das geltende österreichische Unfallversicherungsgesetz in mancher Hinsicht sehr reformbedürftig ist. Ich verweise auf die einschlägigen Bestimmungen der deutschen Reichsversicherungsordnung, in der schon längst das Umlageverfahren an Stelle des bei uns geltenden Kapitaldeckungsverfahrens eingeführt ist, welches letzteres bekanntlich den erwünschten Erwartungen in keiner Weise entsprach, während das Umlageverfahren sich im Deutschen Reich bestens bewährt.

Bei uns mußten Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, obwohl man ihnen versprochen hatte, die Prämien würden gleich hoch bleiben, wiederholt ausgiebige Prämien erhöhungen bezahlen, ohne daß es ihnen gelungen wäre, den rechnungsmäßigen Abgang — den rechnungsmäßigen Abgang, betone ich — zu beseitigen. Demgegenüber gelang es in Deutschland, und zwar namentlich durch die zielbewusste Durchführung der Unfallverhütung, die Umlagen nicht bloß in gleicher Höhe zu erhalten, sondern sogar zu ermäßigen, obwohl die Renten und die Entschädigungsleistungen gleich blieben. Hieraus ergab sich ein Vorteil sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeitnehmer.

Die Ansammlung von riesigen Deckungskapitalien ist unwirtschaftlich, sie entzieht der produktiven Verwendung die so notwendigen Betriebsmittel und ist sozialpolitisch gar nicht notwendig; denn auch die Renten in der gleichen Höhe und die Verwaltungskosten sind durch die Umlage voll auf gedeckt, aber auch die Ansprüche der Versicherten sind dadurch vollends gewährleistet, da die Beiträge auf Gesetz beruhen und im Nichtzahlungsfalle zwangsweise eingetrieben werden können.

Das deutsche Gesetz enthält aber auch ausgezeichnete Bestimmungen über eine wirksame Unfallverhütung, in welcher Hinsicht unser Gesetz ebenfalls

reformbedürftig ist. Durch die angedeutete Unfallverhütung werden, wie die Erfahrung im Deutschen Reiche lehrt, die Zahl und die Schwere der Unfälle wesentlich herabgemindert. Die angeführten Reformen unseres Unfallversicherungsrechtes sind um so wünschenswerter, als dadurch die Angleichung an das Deutsche Recht herbeigeführt wird, wovon in diesem Haus schon so häufig gesprochen worden ist. Ich bitte das hohe Haus, den vorliegenden Resolutionsantrag, den die Großdeutsche Vereinigung gestellt hat, anzunehmen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlusswort? *(Berichterstatter Steinegger: Nein!)* Dann schreiten wir zur Abstimmung.

Das Gesetz enthält 10 Paragraphen, es ist aber kein Gegenantrag gestellt, ich kann es also unter Einem zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche ihm zustimmen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte nun diejenigen Mitglieder, welche für Titel und Eingang des Gesetzes sind, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen. Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter **Steinegger:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt, die dritte Lesung sofort vorzunehmen. Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesem formellen Antrage zustimmen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschicht.)* Er ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Sinne des Antrages beschlossen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Mitglieder, welche dem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Damit ist das Gesetz, betreffend Teuerungszulagen zu Unfallrenten *(gleichlautend mit 798 der Beilagen)*, auch in dritter Lesung angenommen, also endgültig zum Beschlusse erhoben.

Wir kommen nunmehr zu den Resolutionen, und zwar erstens zur Resolution der Abgeordneten Fischer, Kletzmayr und Genossen. Sie lautet *(liest):*

„Die Regierung wird aufgefordert, ohne Verzögerung dahin zu wirken, daß jene

Unfallrentner, die österreichische Staatsbürger sind und in einem auf nunmehr ausländischen Gebiete gelegenen Betriebe einen Unfall erlitten haben, ehestens zu den ihnen zukommenden Renten gelangen.“

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche dieser Resolution zustimmen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Nunmehr kommt die zweite Resolution, die des Herrn Abgeordneten Dr. Ursin. Sie lautet *(liest):*

„Die Regierung wird aufgefordert, eine Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes der Nationalversammlung ehemöglichst vorzulegen, und zwar hauptsächlich in folgenden Punkten: Übergang vom Kapitaldeckungsverfahren zum Umlageverfahren nach deutschem Vorbilde; verschärfte und wirksame Maßnahmen zur Unfallverhütung; Vereinfachung und Verbilligung des Verfahrens und der Verwaltung und schließlich Einführung des Proportionalwahlrechtes“.

Zur Abstimmung hat sich der Herr Abgeordnete Forstner zum Worte gemeldet.

Abgeordneter **Forstner:** Ich bitte den Herrn Präsidenten, über diese Resolution nach Punkten getrennt abstimmen zu lassen, und zwar in zwei Teilen, über den Punkt 1 separat und dann über die restlichen Punkte.

**Präsident:** Ich werde im Sinne dieser Anregung des Herrn Abgeordneten Forstner vorgehen und werde zuerst über den Teil der Resolution abstimmen lassen, der sagt *(liest):*

„Die Regierung wird aufgefordert, eine Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes der Nationalversammlung ehemöglichst vorzulegen, und zwar hauptsächlich in folgenden Punkten:“

und dann die Zweiteilung vornehmen.

Ich bitte also diejenigen Mitglieder, welche dem ersten, prinzipiellen Teile dieses Antrages zustimmen, sich zu erheben. *(Geschicht.)* Er ist angenommen.

Nun kommen die einzelnen Punkte zur Abstimmung.

Erster Punkt: Übergang vom Kapitaldeckungsverfahren zum Umlageverfahren.

Wer dafür ist, wolle sich erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte die Herren Schriftführer, die Auszählung des Hauses vorzunehmen. *(Nach Auszählung des Hauses:)* Dieser Punkt, die Regierung aufzufordern,

das Umlageverfahren in einer Novelle durchzuführen, ist mit 30 gegen 29 Stimmen angenommen worden.

Die nächsten Forderungen sind: „Verstärkte und wirksame Maßnahmen zur Unfallverhütung, Vereinfachung und Verbilligung des Verfahrens und der Verwaltung und schließlich Einführung des Proportionalwahlrechtes.“

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesen Forderungen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkte der Tagesordnung, das ist der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (771 der Beilagen), betreffend Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbruderladen (799 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Zwanzger; ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

**Berichterstatter Zwanzger:** Hohes Haus! In dem Berichte, den der Ausschuss für soziale Verwaltung vorgelegt hat, ist die Begründung der Gesetzesvorlage gegeben. Wenn Sie die Biffen im Bericht ansehen, werden Sie finden, daß eine weitere Begründung für das Gesetz vollständig überflüssig ist. Die Ziffern sprechen eine so deutliche Sprache, daß die Notwendigkeit des Gesetzes ganz außer Frage ist. Ich möchte nur zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes einige aufklärende Bemerkungen machen, insbesondere bezüglich des Ausschlusses vom Provisionszuschuß.

Im Punkte 1 des zweiten Abzuges des § 1 heißt es, daß Ausländer, die im Auslande ihren Wohnsitz haben, keinen Anspruch auf Provisionszuschuß haben. Dann heißt es weiter im Punkte 2, daß diejenigen Ausländer, die im Inlande wohnen, den Provisionszuschuß nur dann bekommen, wenn ihr Heimatsstaat, zum Beispiel die Tschecho-Slowakei, den österreichischen Staatsbürgern dieselben Provisionen zukommen läßt, die er seinen eigenen Staatsbürgern gewährt. Der dritte Punkt besagt, daß der Anspruch nicht besteht, wenn die Provision im Anschluß an die Beschäftigung in einem Werkbetriebe zuerkannt ist, der sich nunmehr außerhalb der Republik Österreich befindet. Wir haben leider durch den Krieg eine ganze Reihe von Bergwerksbetrieben verloren, zum Beispiel das Bleibergwerk Raibl, das Kohlenbergwerk Trifail, das Bleibergwerk Schwarzenbach und Wies. Da diese Werke nicht mehr zu unserem Staate gehören, werden die Betreffenden selbstverständlich ausgeschaltet.

In Punkt 4 hat der Ausschuss das Wort „voll“ eingefügt, und zwar deshalb, weil sonst nach unserer Überzeugung eine ganze Reihe von Provisionsisten ihren Anspruch durch die Auslegungskunst der Bergwerksbesitzer verlieren könnten, indem diese denjenigen Provisionsisten, die gezwungen sind, einen Beruf auszuüben, weil sie von dem minimalen Betrage, den sie bekommen, natürlich nicht leben können, den Provisionszuschuß einfach streitig machen würden. Es ist uns eine ganze Reihe von Fällen bekannt, wo die Bergwerksbesitzer jemandem, der durch die Not gezwungen war, einer Beschäftigung nachzugehen — von den 200 K im Jahr kann natürlich niemand leben —, einfach die Provision entzogen haben und leider haben die Schiedsgerichte zum Teil auch verurteilt.

Ich persönlich war ja der Meinung, daß der Punkt 4 ganz eliminiert werden soll; das war leider nicht durchzusetzen, dafür ist aber das Wort „voll“ aufgenommen worden, so daß es keinen Zweifel darüber geben kann, daß der Provisionszuschuß jedem Provisionsisten gebührt, der nicht für den Bergbau erwerbsfähig ist. Wäre er zum Beispiel als Häuer beschäftigt gewesen, so würde er den Anspruch auf den Zuschuß nur dann verlieren, wenn er als Häuer den vollen Lohn bekommt. Das wollte ich besonders betont haben, um der Auslegungskunst einen Riegel vorzuschieben.

Die Höhe des Zuschusses selbst bedarf keiner weiteren Begründung. Die Kosten haben die Bergwerksbesitzer aus eigenem zu tragen und sie werden einfach durch eine Umlage gedeckt, die die Bruderladen vorschussweise auszuführen haben. Ich habe nichts weiter hinzuzufügen und möchte das hohe Haus nur bitten, den Antrag anzunehmen, welcher lautet *(liest)*:

„Die Nationalversammlung wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf mit den vom Ausschusse beschlossenen Änderungen die Zustimmung erteilen.“

Ich möchte noch wünschen, daß die Durchführung des Gesetzes so rasch als möglich erfolge, damit den armen Teufeln der Zuschuß gewährt werden kann. Das Gesetz soll vom 1. Jänner 1920 ab rückwirkend gelten. Ich bitte das hohe Haus, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. *(Bravo!)*

**Präsident:** Es ist niemand zum Worte gemeldet.

Die sechs Paragraphen des Gesetzes sind nicht bestritten, ich werde alle sechs Paragraphen unter Einem zur Abstimmung bringen lassen.

Ich bitte jene Mitglieder, die ihnen die Zustimmung geben wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte jene Abgeordneten, die für Titel und Eingang des Gesetzes sind, sich zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

**Berichterstatter Zwanger:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt, die dritte Lesung sofort vorzunehmen.

Ich bitte jene Mitglieder, die diesem formellen Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich bitte nunmehr jene Mitglieder, die dem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Damit ist das Gesetz, betreffend Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbruderladen (gleichlautend mit 799 der Beilagen) auch in dritter Lesung angenommen und damit endgültig zum Beschluß erhoben.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Hauptausschusses über den Antrag des Abgeordneten Johann Gürtler und Genossen (721 der Beilagen) auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission über das Gebaren der Sachdemobilisierung im Arsenal, den verschiedenen Lagern, Magazinen u. (808 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Abram. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

**Berichterstatter Abram:** Sehr geehrte Damen und Herren! Der Hauptausschuß hat in mehreren Sitzungen zu dem Antrage des Herrn Abgeordneten Gürtler Stellung genommen und den Antrag des Herrn Abgeordneten erweitert, so daß nicht allein die Gebahrung der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, sondern auch die Gebahrung der Länder und Gemeinden mit Staatsgütern untersucht werden soll. Auf Grund dieser Erweiterung ist dann durch Mehrheitsbeschluß das Referat von den Christlichsozialen auf unsere Gruppe übergegangen. Ich habe nun zum Berichte über den vorliegenden Antrag einige Erläuterungen zu machen.

Wir haben bei der Hauptanstalt — glaube ich — zu untersuchen: Haben die Offiziere bei Aufbringung und Bergung der Waren ihre Pflicht getan? Unter welchen Umständen und zu welcher

Zeit erhielten staatliche Betriebe Rohmaterial? Wieviel Zeit war zur Umgestaltung der Betriebe notwendig? Soll die Zentralkommission weiterbestehen oder durch Dezentralisierung das Pflichtgefühl, die Energie und Arbeitsfreude der einzelnen Leiter staatlicher Betriebe gehoben werden? Was leisten die Arbeiter in diesen staatlichen Betrieben?

Diese Fragen haben wir dem zu wählenden Ausschusse, glaube ich, in erster Linie vorzulegen. Dann hätten wir uns selbst die Frage zu beantworten, die häufig in der Öffentlichkeit bei Besprechung der Agenden der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung aufgeworfen wird, warum viele Waren nach Böhmen und Polen gegeben werden, trotzdem der Friedensvertrag bestimmt, daß die Sachgüter jenen Staaten zufallen, in welchen sie lagern. Auf diese Frage kann gleich in dem Sinne geantwortet werden, daß die Lieferungen an Böhmen und Polen nur gegen Kompensationsware gehen, nach Böhmen hauptsächlich zum Gegentausch für Zucker geliefert worden sind.

In der Frage der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung haben wir uns zunächst zu fragen: Wie war die ganze Sachdemobilisierung des Heeres vorbereitet? Wie war Vorsorge getroffen, daß die großen Mengen von Staatsgütern, die nach Beendigung des Krieges frei wurden, zweckmäßig der Volkswirtschaft und dem Konsum wieder zugeführt wurden?

Soweit meine Erkundigungen, die ich als Berichterstatter pflichtgemäß gemacht habe und soweit meine persönlichen Beobachtungen seit dem Untergange des alten Staates und seit Zusammenbruch des Krieges reichen, war wohl viel die Rede von einer Vorbereitung zur zweckmäßigen Verwendung der Staatsgüter nach dem Kriege, aber positiv vorgearbeitet war für diesen Zweck sehr wenig. So geschah es, daß beim Zusammenbruch der Front es außerordentlich schwer war, die Staatsgüter zu sammeln, und daß insbesondere das liquidierende Kriegsministerium, das bis zum Jänner 1919 die Aufbringung und Aufbewahrung dieser Staatsgüter zu besorgen hatte, sehr wenig Erfolgreiches wirken konnte. Um gerecht zu sein, fällt dies nicht allein den die Aufgabe leitenden Offizieren des liquidierenden Kriegsministeriums zur Last, sondern man kann ruhig sagen, die ganze Arbeit wurde auch von den Ländern sehr wenig unterstützt. Die Länder stellten sich vielfach auf den Standpunkt, daß die Güter der Sachdemobilisierung nicht dem Staate gehören, sondern dem Lande, in dem sie lagern. Fast ausnahmslos bestand anfangs diese Auffassung. So ist es erklärlich, daß die Aufbringung dieser Sachgüter langsam geschah, nicht klaglos sich vollzog und nicht überall den gewünschten Erfolg hatte. Doch darüber später beim Kapitel „Länder“ mehr.

Die Frage ist nun bei der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, ob die Staatsfunktionäre, insbesondere die höheren Staatsfunktionäre, restlos ihre Pflicht erfüllt hatten in der Mitarbeit zur Bergung der Staatsgüter. Da wird nun wohl die Untersuchung ergeben, daß viele Staatsfunktionäre, an eine Wiederumänderung unserer Staatsform glaubend, manche vielleicht darauf hoffend, ihre Arbeitskraft der jungen Republik, dem Staatsgute der Republik nicht voll widmeten. Es ist zu untersuchen, ob die Beamten in der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung die geeigneten Beamten waren, ob die Bezahlung dieser Beamten eine ausreichende war. Da möchte ich jetzt schon darauf hinweisen, daß die Auswahl eine wenig fürsorgliche, wenig zweckmäßige genannt werden muß, daß aber auch die Bezahlung eine solche war, daß sich erstklassige Arbeitskräfte für diese Arbeit nicht meldeten. Man griff vielfach zu billig entlohnten und gering entschädigten sogenannten Fachmännern, die aber sehr kurzfristig im Dienste der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung blieben. Und wenn sie dann aus diesem Dienste austraten, fand sich um sie ein Kreis sehr aufdringlicher und zudringlicher Freunde, die dann später als gut orientierte Käufer für die Güter der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung auftraten. Es war mit dem Ersparen, mit dem gering Entlohnen der Beamten und mit dem Anstellen von niedrig bezahlten Fachmännern weder der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung noch viel weniger den Finanzen des Staates gedient. Die Verteilung der Güter war in der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, aber auch draußen in den Filialen zu Beginn der Bewertung dieser Güter keine durchaus zweckmäßige. Es wurden die Konsumenten viel zu wenig berücksichtigt, es wurde der Gedanke, die Güter möglichst unvermittelt den Konsumenten zukommen zu lassen, zunächst durchaus bekämpft, es wurden den großen Interessenten- und Händlergruppen die Waren in überreichem Maße zugeteilt, die dann damit außerordentliche Geschäfte gemacht haben. Diesen Umstand wird man insonderheit sehr untersuchen müssen.

Besondere Aufmerksamkeit aber, hochverehrte Herren und Damen, werden wir der Haltung der Länder zuwenden müssen.

In Niederösterreich hat man bedeutende Lagerbestände gehabt. Diese Lagerbestände waren in den ersten Tagen der jungen Republik starken Plünderungen ausgesetzt. Viel bäuerliche Gespanne, die Leiterwagen, Brückenwagen, fuhrten zu diesen Lagern und nahmen in reichlichem Maße von den vorhandenen Staatsgütern auch solche Dinge, für die die Nehmer augenblicklich keinen rechten Verwendungszweck haben konnten. So geschahen in Siegmundsherberg, so geschahen an der Südbahnlinie hinaus gegen Neustadt.

In Oberösterreich kamen insbesondere in den Lagern in und um Braunau ganz bedeutende Plünderungen vor. Die Sehnsucht nach Staatsgut ging soweit, daß man die Wasserleitungsrohre bei den ausgedehnten Lagern aus dem Boden grub und so billig Dorf- und Wasserleitungen baute, die man ja draußen gebraucht hat. Ja, man ging noch weiter und hat einem einzelnen Offizier durch eine Gemeindevertretung in Oberösterreich, die augenblicklich in einen Prozeß verwickelt ist, auch noch das ganze Inventar gemäß einem Beschlusse des Gemeindeausschusses weggenommen. In Wegscheid bei Linz wurde außerordentlich viel genommen. Ich kann mich an Sitzungen des Staatsrates erinnern, wo der hochverehrte Herr Präsident Hauser zu dieser Tatsache Stellung nahm und der Auffassung war, man müsse rasch und billig verkaufen, ansonsten bleibe für den Verkauf nichts mehr übrig. Als die Arbeiterchaft sah, daß so viele bäuerliche Fuhrwerke sich bemühten, die Staatsgüter wegzuholen, war auch bei ihr der Gang zu konstatieren, etwas davon zu nehmen; die Arbeiter mit dem Rucksack und mit den bloßen Händen, die Landleute als Verfuger von Gespannen und von Wagen mit diesen. Die Summe der Gegenstände, die in Oberösterreich wegtam, ohne Bezahlung und ohne Abrechnung mit dem Staate, muß eine bedeutende genannt werden.

In Salzburg war es aber doch noch etwas kräftiger mit dem Nehmen und mit dem Nichtzahlen. Da hat sich die Landesregierung veranlaßt gesehen, die Vorortezüge der Stadt Salzburg nach Lamprechtshausen, nach Ischl, nach Grödig, an die bayrische Grenze und über Steinndorf ins Innviertel abzustellen, und in den Kassen und Belegeschränken der Landesbuchhaltung von Salzburg liegt der Beleg über jene tausende von Kronen, die das Land Salzburg als Verdienstentgang an diese Vorortebahnverwaltungen zahlen mußte, weil ja die Landesregierung die Einstellung der Bahnen hatte verlangen müssen, um jenes großen Hausens von plündernden Landleuten Herr zu werden, die auf diesen Vorortebahnen in die Stadt zogen, dort die Magazine in der alten Residenz plünderten und überall mitnahmen, was ihnen zweckmäßig für den Haus- oder Dorfgebrauch schien. Man hat aber bei dieser Verfügung der hohen Landesregierung von Salzburg übersehen, daß die Umgebung Salzburgs und das benachbarte Innviertel nicht nur die Kornkammer für Salzburg, sondern auch das Land der dichteren Pferdehaltung ist. Mit der Einstellung der Bahnen hat man eigentlich nur erreicht, daß dann ein regerer Wagenverkehr diesen Gütertransport in recht ausgiebiger Weise besorgte.

In Steiermark wurden ebenfalls die Flüchtlingslager geplündert. In der Station Kriegslach ließ der Stationsvorstand mehrere Waggons Erödl

auf ein Nebengeleise stellen. Das erfuhren die Bauern in den Seitengraben und sie kamen nun mit Pferden und Ochsendespännern und holten sich dieses Erdöl in Mostfässern — an sich ein schlechtes Geschäft bei dem Preise der Fässer. Aber die Bauern waren kluge Leute und nahmen schlechte Fässer. Einer dabei ein so schlechtes, daß, als der Jakob, zwischen Och und Faß sitzend, seine Pfeife anzündete, das Erdöl in Brand geriet, ihm Bart und Kopfschale versengte und außerdem noch die Ochsen anbrannte. Bis man die Tiere aus der Deichsel loslösen konnte, war das Hinterteil derselben fast zum Kostbraten versengt. Der Betreffende hat jedenfalls für sich selber kein gutes Geschäft gemacht. *(Heiterkeit.)* Bessere Geschäfte haben aber die Organisationen der steirischen Bauern unter Führung des sehr geschätzten früheren Kollegen des Hauses, des Abgeordneten Huber, gemacht. Der Abgeordnete Huber hat einfach für diese Organisationen die Waren außerordentlich billig erworben, die Waren zur damaligen Zeit um ein Zehntel, ein Achtel des wirklichen Preises an die Bauern oder an die bäuerlichen Organisationen gegeben. Die Kontrolle war eine außerordentlich mangelhafte und eine späte. Viele Waren der steirischen Bauern — das ist vielleicht wert, erwähnt zu werden — kamen dann aus Steiermark in großen Mengen nach Wien und wurden hier an die Andersgläubigen aus Ostgalizien verkauft. *(Heiterkeit.)* — *Abgeordneter Stricker:* Hat man sie erst um ihre Konfession gefragt? Nein! Ich glaube, es ist mir interessant, daß das erwähnt wird. Als die Herren, die größtenteils die Sachgüter kauften, in Wien zur Hauptanstalt kamen und als direkte Käufer auftraten, waren ihnen die Preise der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zu hoch und sie zeigten durch Belege, daß sie aus Steiermark viel, viel billiger gekauft haben. *(Heiterkeit.)* So war der außerordentlich betriebsame Geschäftssinn des sehr geschätzten Herrn Abgeordneten Huber ein Hemmnis . . . *(Abgeordneter Luttenberger:* Das müßte doch erwiesen werden!) Das werden wir untersuchen. Der Kommission werden die Belege der steirischen Kollegen dieses Hauses vorgelegt werden. *(Abgeordneter Luttenberger:* Das ist sehr wünschenswert!) Es war also der Einschub der Waren aus Steiermark hier ein Hemmnis, daß die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung anständige Preise fordern konnte.

Kärnten war für die kostenlose Bergung von Staatsgütern ein Eldorado. Nahe der Front sammelten sich dort in unzähligen Mengen Rosß und Wagen und blieben dort, weil auf den großen Stationen Villach usw. die Einwaggonierung der zu Fuß und mit Wagen zurückflutenden Truppen auf der Eisenbahn erfolgte. Die Großbauern in

Kärnten haben vielfach Pferde geschlachtet oder haben sie als Besitzer größerer Heumengen einige Wochen gefüttert und dann um gute Preise weiterverkauft. Der Einkaufspreis war manchmal Null, manchmal 50 K, im Höchsthalle 300 K für ein Pferd, der Verkaufspreis nach einigen Wochen 6000 bis 8000 K. Schlimmer sind die Kleinbauern in Kärnten gefahren, die die billige Kaufgelegenheit für ein Paar Pferde benutzten, um ihre Kühe zu schonen, die sie sonst einspannten und die dann Nachzahlungen zu leisten hatten für die billig erworbenen Pferde. Aber vielen, die Rosß und Wagen hatten in den Dörfern, ging es nicht schlecht; denn Staatsholz gab es in Kärnten eine schwere Menge, vorbereitet für die Belieferung der Truppen an der Südfrent. Dieses Holz war herrenlos, es hatte keine Bezeichnung, daß es dem Staat gehöre. Daß auch die Arbeiter in Kärnten da und dort auf den Heeresstraßen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände aller Art billig erworben haben, muß ohne weiteres zugegeben werden.

Am magersten bei der ganzen Aufteilung der Sachgüter und dem Zugreifen der Länder stand es mit Vorarlberg. Aber wie mir von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, war die Trauer, daß dort so wenig Sachgüter gelegen haben, die man billig hätte kaufen können, größer als die Freude über die Tugendhaftigkeit der Vorarlberger, die nicht viel zu verdienen hatten. *(Heiterkeit.)* Und es ist letzteres völlig zu glauben, ohne irgendwie den ehrenwerten Herren aus dem Ländle nahezutreten, denn wie uns im vergangenen Oktober Professor Doktor Schneider mitteilte, haben sich dann die Vorarlberger anders schadlos gehalten. Dr. Schneider hat von seinen eigenen Landsleuten erzählt, daß viele im Grenzverkehr ungeheuer verdient haben. Ein großer Teil der Einwohner im Ländle war ja mit dem Hinausbringen von Schmuckgegenständen, Edelsteinen, Wertsachen aller Art für den Adel und andere reiche Leute beschäftigt.

Damit Sie mich aber nicht der Unobjektivität bezichtigen, muß ich als Tiroler auch über meine engere Heimat etwas sagen.

Ich habe Kärnten als ein Eldorado bezeichnet in bezug auf billige Übernahme von Staatsgütern. Tirol war es nicht minder. Unsere Bauern erwarben mindestens 10.000 Pferde um einen Betrag von 50 K, 20 K, 100 und 300 K. Es sei aber konstatiert, daß so wie in Kärnten, viele dieser Pferde, wenn sie nicht von den Bauern geschlachtet worden wären, an Hunger zugrunde gegangen wären. Tirol hat in dem engen Inntal für eine solche Summe von Pferden am allerwenigsten Futtermöglichkeit gehabt. Das ist sachlich klar. Viele Pferde wurden dann auch mit sehr ergiebigem Nutzen nordwärts über die Grenze weiterverkauft; ein großer Teil der Pferde ging nach Vorarlberg

mit ebenfalls gutem Nutzen, den die Verkäufer nahmen, und ein nicht unbeträchtlicher Teil wird wohl den Weg über die Schweizer Grenze gefunden haben. Die Summen, die an den Pferden im Lande Tirol verdient wurden, erleichtern, glaube ich, den Bauern, soweit sie überhaupt einmal von Vermögensabgabe betroffen sein werden, sehr die Leistung der Vermögensabgabe.

Außer Pferden gab es natürlich eine Menge Autos, Wagen aller Art, Rinder, Pferdegeschirre. Auf dem Wege zwischen Brenner und Innsbruck war im vollsten Sinne des Wortes eine Handelsstraße. Die halbe Stadt ist ausgewandert und hat auf den Wegen dorthin gekauft, ebenso von Matrei bis nach Hall. Bahnhöfe wurden geplündert, Staatsgüter wurden als ein allgemeines Volksgut angesehen. Die Holzmassen, die in Tirol lagerten, vielleicht in gleicher Menge wie im Kärntnerland, wurden ebenfalls zum Teile Gemeinbesitz der Fuhrwerksbesitzer. Der Teil, der gerettet werden konnte, wurde dann dem Staate zur Verfügung gestellt. Schlimmer war es dann schon, daß die Augmentationsmagazine erbrochen und dort die Zivilkleider fremder Regimenter ohne Bezahlung genommen wurden.

Rühmend möchte ich hervorheben, daß die Arbeiterklasse die letzte war, die sich an diesen allgemeinen Teilen beteiligte. Aber als dann alles nahm, war es selbstverständlich, daß die hungernden Arbeitermassen sich auch etwas zum Essen geholt haben. Aber die Besitzlosen haben auch als die ersten in den Bahnhöfen Ordnung gemacht, sie haben Wachen aufgestellt in der Überzeugung, daß sie benötigt sein werden, ihre Brotmengen sicherzustellen, und sie haben, als die Ärmsten, in vielfach anerkannter Weise gehandelt. Die Beschlüsse, die im Landtag gefaßt wurden, haben dies anerkannt und der Beschluß, wonach den Eisenbahnern von Landes wegen der Dank für die beispiellose Arbeit, die sie beim Rückzug der Truppen und bei der Aufrechterhaltung der Ordnung geleistet haben, in Form von Geldaushilfen und der Spende von ein Paar Schuhen für jeden Mann abgestattet wurde, ist ein Zeugnis dafür, daß man mit der Mitwirkung der Arbeiter bei der Wiederherstellung der Ordnung auch in dem sonst der Arbeiterklasse nicht gerade günstig gesinnten Tiroler Landtage zufrieden war.

Eine besondere Erscheinung verdient noch konstatiert zu werden. Es fiel im Frühjahr 1919 in Tirol und Salzburg — ob auch in Kärnten, davon bin ich nicht unterrichtet — auf, daß beim Auftrieb der Tiere auf die Alpen ein so außerordentlich schönes Alpengeklänge da war. Vielfach trugen die Kühe Glocken, die sichtlich einmal einem anderen Zweck gedient hatten. So manches Glöcklein wird aus den militärischen Metallagern gewesen sein.

Es war gewiß eine zweckwidrige Verwendung, aber besser noch, als daß man aus diesen Glocken weiterhin Granaten zum zerstören der Menschenleiber gemacht hätte, war es doch, daß sich der eine oder andere Heimkehrer gesagt hat: „Das Glück kann i für meine Scheck daheim außerordentlich gut brauchen!“

Und nunmehr in der weiteren Folge zur Behandlung der Sachgüter des Staates in Tirol. (*Abgeordneter Buchinger: Sachlich!*) Ganz sachlich; nichts anderes ist meine Aufgabe als Berichterstatter, als sachlich zu sprechen. (*Abgeordneter Buchinger: Das war auch die Ansicht des Hauptausschusses, was wir jetzt gehört haben?*) Ja. (*Abgeordneter Buchinger: Bravo! Das wollte ich konstatieren!*)

Ich wurde Ende November vom damaligen Staatssekretär Urban gebeten, in Tirol zu versuchen, der Landesregierung beizubringen, daß die dort lagernden Güter Staatsgüter, nicht Landesgüter sind. Mehrere Tage habe ich mich bemüht, daheim im Auftrage diese Auffassung meinen verehrlichen Landsleuten beizubringen und ich habe es dann mit Unterstützung des Herrn Vizekanzlers Fint erreicht, daß auch im Tiroler Landhaus die Mehrheit die Güter als dem Staat gehörend anerkannte. So wurde am 1. Dezember 1918 unter meinem Voritze in der Innsbrucker Hofburg eine Filiale der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung gebildet und von dieser Zeit an wurde der Versuch gemacht, die Staatsgüter zweckmäßig zu verkaufen. Käufer waren bäuerliche Organisationen, Geldinstitute, Private, Genossenschaften. Der Preis der für die Gegenstände bezahlt wurde, war vielfach billig.

Wir werden nun zu untersuchen haben, inwieweit bei der Bestimmung des Preises, bei der raschen Weggabe vieler Güter der Gedanke maßgebend war, diese Güter vor fremdem Zugriff oder sonstigem Verderben zu schützen. Wir werden diese Untersuchung führen und ich bin überzeugt, es wird sich auch das Finanzministerium um unsere Untersuchung kümmern. Das Finanzministerium wird ja zum Teil vom Staatsamte für Justiz unterstützt werden. Was aber bei der ganzen Untersuchung materiell für das Staatsamt für Finanzen herauskommen wird, weiß ich nicht. Sicherlich wird unsere Untersuchung ein Positives haben: sie wird den Chronisten unserer Zeit für die Geschichte der jungen Republik einen Einblick in die Seelenverfassung tausender Menschen beim Kriegsende gewähren. Wir werden bei dieser Untersuchung nichts wahrnehmen von dem Seelenaufschwung und von der Reinigung, die die Stahlbäder über die Menschheit bringen sollten. Gewiß nicht! Aber ich möchte die Geschichtsschreiber dieser Zeit schon vorweg bitten, über die Bauern und über die Arbeiterklasse kein allzu hartes Urteil zu fällen. Die Bauern waren von Haß gegen

den Militarismus erfüllt, sie haben die Güter des Militarismus dann als ein allgemeines Besitztum des Volkes angesehen. Und soweit in bescheidenem Maße die Arbeiterchaft an der Gratisaneignung von Staatsgütern teilnahm, gebührt ihr vor der Geschichtsschreibung unbedingt das allermildeste Urteil. Während die Arbeiter draußen im Felde standen oder aber in den Fabriken schwere Arbeit leisten mußten, durch volle vier Jahre rechtlos gemacht, waren es die Wucherer aller Klassen, die den Kindern und den Frauen der Arbeiter das Blut aus den Adern gesogen haben. Wenn die Arbeiterklasse beim Zusammenbruch der Front, losgelöst von dem Drucke, unter dem sie durch Jahre gestanden hatte, dann einen Augenblick die Orientierung verlor und in ihrer Not da und dort zugriff, so muß das von einem Geschichtsschreiber unserer Zeit vollaus verstanden und gewürdigt werden. Hart, aber auch vollständig gerecht müssen jene Vampyre behandelt werden, die vor und nach dem Kriege die Blutsauger des Volkes und des Staates gewesen sind. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Meine Herren! Wir haben den Antrag Gürtler erweitert, wir wünschen, daß in größtem Anfange die ganze Frage untersucht, daß mit größter Gründlichkeit vorgegangen werde, und ich bitte Sie daher, unseren Antrag anzunehmen und dann zur Wahl des Ausschusses zu schreiten.

**Präsident:** Ich eröffne die Debatte.

Zum Worte gemeldet sind, und zwar kontra: die Abgeordneten Gürtler, Friedmann, Paulitsch und Luttenberger, pro: die Abgeordneten Dr. Straßner, Edlinger, Regner und Kittinger.

Zum Worte gelangt der erste Kontraredner, Abgeordneter Johann Gürtler.

**Abgeordneter Johann Gürtler:** Hohe Nationalversammlung! Ich habe vor zirka einem Vierteljahre den Antrag eingebracht, welcher zum Anlasse der heutigen Beratung wurde, den Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission über das Gebaren und die Vorkommnisse der mit der Verwertung von Militär- und Kriegsgütern bestehenden Anstalten.

Die Gründe, welche mich bewogen, diesen Antrag dem Hause vorzulegen, habe ich bereits damals auseinandergesetzt und ich kann mich daher heute diesbezüglich sehr kurz fassen.

Sie alle, die mitten drinnen im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben stehen, wissen es aus eigener Erfahrung und hören es in allen Gauen unseres Landes zu hunderten Malen, daß die Volksstimme sich einhellig gegen Vorkommnisse in jenen Instituten und Anstalten auflehnt, denen die

zweckmäßige Verwertung von Kriegsgütern übertragen ist.

Die Klagen, die diesbezüglich laut werden, sind mannigfacher und verschiedener Art und auch der Herr Berichterstatter hat uns heute sehr wertvolle Angaben gemacht.

Dort überzeugen Sie sich, daß große Posten wertvoller Güter so im Handumdrehen an einen Glücksvogel gelangt sind, der sie ebenso im Handumdrehen wieder mit einigen hundert Prozenten weiterverschachert — alles auf Kosten des Staates Österreich — hier wieder entdecken Sie Autos und andere Betriebsmittel, welche vom Arax seligen Ungedenkens herstammen, und das Auffallende dabei ist, daß Leute in den Besitz von solch wertvollen Sachgütern kamen, von denen man wußte, daß sie auch nicht annähernd über die nötigen Kapitalien verfügen.

Solche und hunderterlei anderer Wahrnehmungen im kleinen und im großen mußten die Bevölkerung stutzig machen und ein Mißtrauen hervorrufen, welches, da es die zweckmäßige Verwertung unserer Staatsgüter betrifft, auch gegen den Staat gerichtet war.

So ist es nun, wie ich glaube, nur die Ausübung unserer Pflicht, wenn wir diesem Mißtrauen auf die Wurzel nachgehen und prüfen und untersuchen, wie unsere Verwalter unser Gut und unser Eigentum verwertet haben, ob die Verwertung unter dem Gesichtspunkte staatsfinanzieller und volkswirtschaftlicher Interessen erfolgte oder ob andere Motive dabei mitspielten oder gar hin und wieder verbrecherische Tatbestände an das Tageslicht kommen.

Wir sind, meine sehr geehrten Frauen und Herren, wie wir täglich verkünden und schreiben, ein armer Staat geworden, ein Bettlerstaat, der bei seinen früheren Feinden um das nächste Stückchen Brot und die nächste Dose Milch, womit wir unsere hungierenden Kinder nähren, anknöpfen muß. Ein Bettler hat nun nichts zu verschenken und die Aktiven, die er besitzt, muß er mit besonderer Vorsicht verwalten und verwerten. Es ist ja ohnehin — weiß Gott — wenig genug, was wir zu verwalten und zu verwerten haben. Die Staatsforste, einer unserer stolzeften Reichtümer, sie sind dem Ausland bereits für Lebensmittel verpfändet. Unsere Steuern dienen mit knapper Not, um unseren Beamten die Gehälter zu liquidieren, und wenn irgendeine neue Ausgabe an uns herantritt, so wissen wir in der Tat nicht mehr, woher wir die Bedeckung nehmen sollen. Der Herr Kanzler hat bei den Verhandlungen über die Gehaltsforderungen seinerzeit erklärt, daß wir in unserem Staatshaushalte tatsächlich das letzte zusammengekrast haben, um die dringendsten Ansprüche auch nur halbwegs befriedigen zu können. Meine sehr geehrten Herren! Ich unterschreibe dieses Wort; es ist leider wahr, daß wir nichts mehr zu

geben haben, es ist wahr, daß wir das letzte zusammengekratzt haben, es ist wahr, daß der Brunnen ausgeschöpft ist, vollkommen ausgeschöpft und unser Staatssekretär der Finanzen wird selbst mit einer Wünschelrute kaum mehr eine nennenswerte und ergiebige finanzielle Einnahmsquelle entdecken können.

Deshalb habe ich für die nächste Zukunft große Bedenken und große Sorgen. Vor einigen Wochen haben wir in einem Nachtrag zum Besoldungsübergangsgesetz unseren öffentlichen Angestellten gegen zwei Milliarden neu bewilligt. Zugleich haben wir erklärt, das es das letzte ist, was wir geben können.

Wer aber bürgt uns dafür, daß nicht schon in einigen Monaten, ja vielleicht schon in einigen Wochen uns allen die Verhältnisse über den Kopf wachsen und die stündlich fortschreitende Teuerung unseren Angestellten die bewilligten Zuschüsse und Gehöhungen in der Hand zerfließen läßt? Was machen wir dann? Wohl haben wir das letzte hergegeben, doch haben wir damit den Hunger nicht gestillt und das Elend nicht beseitigt. Schon drängen neue Forderungen auf uns ein — der Streik der Gerichtsbeamten ist erledigt und ein anderer Streik, der Streik auf der Südbahn ist heute ausgebrochen und wer weiß, was uns noch alles bevorsteht! Vom Streik, welcher heutzutage modern geworden ist, kann jedoch schließlich auf die Dauer weder der eine noch der andere leben.

Dieser ebenso kritischen wie ernsten Situation müssen wir aber mit offenen Augen gegenüberstehen, mit Wienensleiß und echt deutscher Ausdauer müssen wir bei Sparsamkeit und Genügsamkeit das Werk des Wiederaufbaues, von dem wir so viel reden, nun wirklich auch einmal anfangen und dabei können wir es vor unserem Gewissen und unserem Volke nicht verantworten, tatenlos zuzusehen, wenn Sachgüter von hohem Werte teils verschleudert, teils ökonomisch bewirtschaftet werden und zum Teil auch dem böhmischem Kirtel zum Opfer fallen. Welche Mengen wertvoller Güter hatten wir doch nach Beendigung des Krieges in unseren Händen! Sie alle werden — der eine dort und der andere da — an Sammelplätzen vorübergekommen sein, die ungeheure Mengen von Material bargen. Diese nach kaufmännischen Grundsätzen zu verwerten, war Aufgabe der Sachdemobilisierung, welche am 11. Dezember 1918 auf Grund der Vollzugsanweisung des deutschösterreichischen Staatsamtes für Kriegswirtschaft und Übergangswirtschaft ins Leben gerufen wurde. Die Verhältnisse, welchen die Leitung der Sachdemobilisierung zu dieser Zeit gegenüberstand, waren gewiß sehr schwierige, unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse müssen wir jedoch prüfen, wie die Verwertung geschah.

Ich gestehe ohneweiters, daß es noch wirkungsvoller gewesen wäre, vor einem Jahre diesen Antrag einzubringen.

Leider waren meine Erfahrungen damals noch nicht so große wie heute. Wir dürfen jedoch deshalb die Flinte nicht ins Korn werfen; noch ist nicht alles verloren, manches läßt sich vielleicht auch jetzt noch gut machen und verspätet ist der Antrag sicher auch heute nicht, denn auch heute sind noch Materialien vorhanden, die zufolge der allgemeinen Preissteigerung einen enormen Wert repräsentieren. Und dann soll ja die Tätigkeit der Kommission, welche einzusetzen beantragt wird, eine kontrollierende sein.

Die Bevölkerung, meine sehr geehrten Herren und Frauen, erwartet von uns, daß wir nicht leichtsinnig seien, die Bevölkerung setzt von uns voraus, daß wir ihr klare Rechnung legen über die gesamte Gebarung des Staatshaushaltes. Da ist es nun unsere heilige Pflicht, auch Klarheit zu bringen und zu schaffen in den Verkauf unserer Sachgüter, in die Verwertung der Überreste vergangener Tage. Täuschen wir uns nicht! Der Betrieb des Staates gleicht dem des Privaten auf ein Haar: dieser wie jener lebt und zehrt von den Überresten und Ersparnissen besserer Tage.

Von dem Haushalte des Privaten — ich habe die Verhältnisse nicht der oberen Zehntausend, sondern die der Durchschnittsmenschen im Auge — wandert ein Bild, ein Teppich, ein Schmuckstück nach dem andern zum Händler, um die notwendigsten Lebensbedürfnisse decken zu können, und auch unser Staat muß von seinem Reichtum und seiner Einrichtung, von seinen Betriebsmitteln und seinem Besitz ein Stück nach dem andern hergeben. Es ist kein Vorwurf gegen die Regierung, daß wir arm sind, denn niemand — das haben wir an uns gesehen — ist der Bettlerstab verbrannt. Wenn wir arm geworden sind — und das sind wir —, dann bleibt uns eben nichts übrig, als all' das, was wir noch haben, zu Geld zu machen, es zu verwerten, um unser Leben zu erhalten.

Es bleibt uns also auch nichts übrig, als unsere Sachgüter zu verkaufen und zu verwerten, wir müssen aber trachten, dies unter möglichst günstigen Bedingungen zu tun, wir müssen das Interesse des Staates dabei im Auge haben. Wir müssen eben zufolge unseres Schicksales Bettler sein, wir dürfen aber — verzeihen Sie mir das harte Wort — keine Lumpen werden!

Und das, meine sehr geehrten Herren, würden und wären wir in des Wortes schlechtesten Bedeutung, wenn wir das Bißchen, was wir noch an unserem nackten Körper haben, leichtsinnig vergeuden und verschleudern.

Diesen Vorwurf, meine sehr geehrten Frauen und Herren, macht uns jedoch mit Bezug auf die Verwertung der Kriegsgüter die Stimme unseres Volkes und deshalb war ich es, der verlangte, daß in die Angelegenheit der Verwertung und der

Verwaltung von Kriegsgütern volle und rücksichtslose Klarheit gebracht wird. (*Bravo!*)

Wir dürfen im Freistaat Österreich das Licht nicht scheuen, wenn es hineinleuchten soll in die Bücher derjenigen, die unser Vermögen verwalten, und kein redlicher Verwalter wird sich beleidigt fühlen, wenn der, für den verwaltet wird, sich auch einmal um die Art der Verwaltung kümmert.

Ich vermeide es absichtlich heute, von dieser Stelle aus, in Einzelheiten, auf einzelne Vorkommnisse einzugehen und will auch niemandem persönlich nahe treten. Fälle, welche einem die Haare zu Berge stehen lassen, sind genug an unser Ohr gedrungen (*Sehr richtig!*), doch werden wir ja im Rahmen der beantragten Untersuchungskommission Zeit und Gelegenheit haben, diese einzeln zu prüfen. Beide Teile müssen vorerst gehört werden, denn nicht einseitig wollen wir den Stab brechen, bevor wir nicht den Beschuldigten gehört haben.

Ich will weiters hier von dieser Stelle erklären, daß mein Antrag nicht vielleicht einen Pauschalangriff auf die einzelnen Institute und Anstalten darstellt, noch viel weniger auf die dort angestellten und tätigen Personen.

Besonders möchte ich aber erwähnen, daß mit dem Antrag nicht etwa nur die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung in der Taborstraße getroffen sein soll, sondern daß die hauptsächlichsten Beschwerden und Äußerungen des Unmutes über andere Anstalten, die sich mit der Verwendung von Kriegsgütern befassen, laut wurden, so vor allem über die Generaldirektion der österreichischen Industriewerke, welcher das Arsenal, Wöllersdorf, Blumau und Fischamend zc. unterstehen, und die daher besonders in den parlamentarischen Untersuchungskreis einzuziehen ist.

Auf eines möchte ich, bevor ich schliesse, an dieser Stelle noch zu sprechen kommen, und zwar ganz kurz.

Die Sachdemobilisierungen sind verjudet und in fast rein jüdischen Händen (*Zwischenrufe*) und die Käufer, wie der Herr Berichterstatter Abram sagte, auch Juden. Nicht daß ich dem einzelnen Juden Unanständigkeit, Unehrllichkeit zc. vorwerfen wollte, aber meine sehr verehrten Frauen und Herren, unser Volk hat nach jahrzehntelanger Erfahrung die Überzeugung, daß das jüdische Regime dem österreichischen Wesen nicht zusagt, und Sie dürfen es daher einem Volke, dessen Regierung sich so gerne „Deutschösterreich“ genannt hätte, nicht verübeln, wenn es nicht begreift, daß in einem fast rein deutschen Gemeinwesen die Vermögensverwalter ausgesprochen und ausnahmslos nur Juden sein sollen. Eine solche einseitige und ungerechtfertigte Bevorzugung muß auffallen und bejammern und es ist schließlich auch vom staatsmännischen Gesichtspunkte

aus zu tadeln und zu verurteilen, wenn ein so wichtiges Gebiet, wie die Verwertung unseres Vermögens, einer einzigen Klasse überantwortet sein soll.

Mit diesen Geleitworten möchte ich Ihnen den Antrag zur Beratung und Erwägung anheimstellen und wünsche, daß die Untersuchungskommission zum Heil und zum Wohle unseres Volkes ihre Tätigkeit entfalte. (*Lebhafter Beifall und Handklatschen.*)

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Straffner.

Abgeordneter Dr. **Straffner:** Hohes Haus! Im Namen meiner Partei erlaube ich mir zu erklären, daß wir selbstverständlich für diesen Antrag sind. Wir halten es für die höchste Zeit, daß endlich einmal eine Kommission eingesetzt wird, um zu untersuchen, wie sich die Verhältnisse eigentlich entwickelt haben. Der Herr Berichterstatter hat ein recht trauriges Bild von der in unserem neuen Staate bestehenden Korruption gegeben, ein so trauriges Bild, daß wir sagen müßten, wenn die Verhältnisse tatsächlich so wären, dann könnten wir unmöglich als Staat bestehen und selbst wenn man mit Engelszungen predigen würde, könnte dieser Staat auf keine höhere moralische Stufe gebracht werden.

Nun sei es mir, meine sehr verehrten Herren, erlaubt, zwar nicht über den ganzen Komplex der Fragen zu sprechen, aber vor allem über den Teil, über den ich mehr oder weniger unterrichtet bin, weil ich in den Tagen des Zusammenbruches, durch einen Zufall, möchte ich sagen, an die Spitze dieser Unternehmung gestellt worden bin, die heute hier eine so schwere Geißelung erfahren hat, an die Spitze dieser Unternehmung im Lande Tirol. Es liegt mir fern, über die Zustände in anderen Ländern zu sprechen. Ich kann sagen, daß die Novembertage des Jahres 1918 gezeigt haben, daß der Zusammenbruch planmäßig erfolgt ist, daß aber die Arbeiten nach dem Zusammenbruch jedes Planes entbehrt haben. Es wäre meiner Meinung nach Aufgabe derjenigen gewesen, die den planmäßigen Zusammenbruch so richtig in die Wege geleitet haben, auch auf die Mittel und Wege zu sinnen, wie man diese Arbeiten zu machen hat, wenn dann der Zusammenbruch wirklich gekommen sein wird. (*Sehr richtig!*)

Nun, meine sehr verehrten Herren, diese Vorarbeiten waren aber nicht getan und es ist merkwürdig, daß sich zur Durchführung dieser Arbeiten eigentlich Leute finden mußten, die gewiß jenseits von Gut und Böse waren und die aus der Demobilisierung und aus dem Zusammenbruch nichts als Vorwürfe geerntet haben, die mehr oder weniger

auch heute hier erhoben worden sind. Erinnern wir uns der Novembertage 1918! Als Leiter dieses Unternehmens in Tirol habe ich mich nicht einmal, sondern wenigstens zwanzigmal an die Staatsregierung in Wien gewendet und um Entsendung fachkundiger und sachkundiger Männer gebeten, die sich der schweren Arbeiten, die des Landes Tirol harzten, annehmen sollten. Auch die alten Militärs, die an Ort und Stelle waren, wurden von den Vertretern des Landes Tirol erucht, mitzuhelfen, sie erklärten aber rundweg, daß sie die Arbeiten nicht machen könnten, sie seien dazu außerstande, und sie hatten auch anscheinend zum großen Teil nicht die Lust dazu. Es war deshalb Aufgabe des Landes, selbst voll und ganz die Arbeit in die Hand zu nehmen.

Wenn hier gesagt worden ist, es haben sich Kaufende vom Brenner bis nach Innsbruck und in anderen Teilen der Tiroler Straße gefunden, so will ich das nicht in Abrede stellen. Aber was haben diese Leute gekauft? Meine Herren, die großen Werte, die nimmehr hier in Wien durch andere Hände gehen, diese großen Werte wurden dort nicht erworben. Die größten Werte, die dort erworben worden sind, sind einige Kilogramm Mehl, die die hungernde Bevölkerung von Tirol schon lange gebraucht hätte und die die durchziehenden Truppen abgegeben haben, gegen Entgelt und zum Teil auch ohne Entgelt, Mehl, welches jedenfalls einer zu schaffenden gemeinsamen Zentralfstelle nie zur Verfügung gestanden wäre.

Weiter wurde — was ja auch schon von dem Herrn Berichterstatter erwähnt wurde — auch mit Pferden gehandelt. Ich möchte das aber nicht als „gehandelt“ bezeichnen, sondern ich möchte das fast als einen Akt gutmütiger Menschen hinstellen, welche Mitleid mit dem Vieh hatten. *(Zwischenruf des Berichterstatters Abram. — Präsident Doktor Dinghofer übernimmt den Vorsitz.)* Ja, mein sehr verehrter Herr Kollege Abram, es war doch so, daß ich in Innsbruck händeringend gebeten habe, es mögen sich doch Leute finden, welche die Pflege der Pferde übernehmen. Und, meine Verehrten, wer hat sich denn gefunden? Zum Teil mußte ich Gymnasialprofessoren anstellen, damit sie gegen entsprechendes Entgelt Pferde füttern. *(Zwischenrufe.)* So haben die Dinge ausgesehen. Ich bin darüber vollkommen klar, daß der Herr Kollege Abram etwas falsch unterrichtet ist; denn er ist bedeutend nach dem Zusammenbruch, erst im Dezember nach Tirol gekommen. Tatsächlich aber sind die Dinge so gestanden und wenn sich niemand gefunden hätte, der die Pferde übernommen hätte, wären nicht nur so viele Pferde verendet, als tatsächlich verendet sind, sondern eine noch weit größere Zahl und das ganze Innviertel wäre vor einer Katastrophe gestanden, weil die Krankheiten, die sich gezeigt haben,

wahrscheinlich auf die ganze Bevölkerung übergreifen hätten. Wir waren daher dafür dankbar, daß sich Menschen gefunden haben, die die Pferde überhaupt übernommen haben. Auch hier sind wir nicht engherzig gewesen. Wir haben uns auch hier an die Staatsregierung in Wien gewendet, wir haben uns an alle Landesregierungen mit der herzlichsten Bitte gewendet, rasch zu kommen und rasch zuzugreifen, weil wir sonst vom Unheil überrascht werden. Leider ist nichts geschehen. In meiner Eigenschaft als Leiter der Unternehmung habe ich auch die Wiener Staatsregierung gebeten, an die Schweiz telegraphieren zu dürfen; aber die Wiener Staatsregierung hat keine Antwort gegeben. Erst nach vier oder fünf Wochen ist dann ein striktes Verbot gekommen, daß nach der Schweiz keine Pferde ausgeführt werden dürfen.

Der Herr Kollege Abram hat weiter gesagt, daß Holz in unrechte Hände gekommen ist. Er mag ja recht haben, ich gebe zu, kleine Mengen von Holz sind ganz bestimmt in unrechte Hände gekommen. Aber das eine muß ich feststellen, daß von den großen Holzmassen, die im sogenannten ärarischen Bestande sich befinden haben, bis zum heutigen Tage die allergeringsten Mengen gezahlt sind. Das Holz war eigentlich noch Privateigentum und wir und, wie ich glaube, auch Herr Kollege Abram haben reichlich Mühe gehabt, bei den zuständigen Zentralfstellen dahin zu wirken, daß die von dem alten Ärar fälligen Beträge endlich einmal bezahlt werden und das sind hauptsächlich die Holzbestände, welche in Tirol herumgelegen sind und als ärarische gegolten haben, in Wirklichkeit aber nicht ärarisches Gut, sondern noch Eigentum Privater gewesen sind.

Der Herr Kollege Abram hat ferner als Berichterstatter gesagt, es sei am Innsbrucker Bahnhof geplündert worden. Ich bestätige diese Tatsache: es ist geplündert worden. Nur, meine verehrten Herren, habe ich nicht oder nur vereinzelt gesehen, daß die Plündernden Dienstmänner mitgebracht haben, um die geplünderten, beziehungsweise erbeuteten Waren wegzuschaffen. Ich muß hier mit Bedauern feststellen, so sehr ich die Mithilfe einiger Eisenbahner und einiger anderer Organe aller Parteien, die da mitgeholfen haben, anerkenne, daß in dem großen Trubel von vielleicht 4000 oder 5000 Plündernden leider die berufenen alten Volksvertreter als Helfer gefehlt haben. Man hat uns in diesem Trubel allein gelassen und ich hätte geglaubt, daß die Wiener Staatsregierung vielleicht doch einen oder den anderen Herrn auf diesen außer Kärnten vielleicht kritischsten Boden geschickt hätte, um auf die Bevölkerung beruhigend einzuwirken. Ich gestehe, ich bin auf den Waggonbüchern gestanden und habe die Leute gebeten, und zwar die Angehörigen aller Parteien: Laßt ab von

diesem unsinnigen Beginnen! Ich konnte nur auf jene Kreise einwirken, die mir zugänglich waren, auf andere Kreise konnte ich leider nicht den entsprechenden Eindruck machen. Auf diese Kreise hätten eben andere Leute den entsprechenden Eindruck verursachen können.

Der Herr Kollege Abram hat ja in späterer Zeit eine Bergungskommission geschaffen, und zwar eine Bergungskommission, die sich nicht mehr so sehr mit dem Bergen als mit dem Verschleifen und mit dem gerechten Verteilen der geborgenen Sachen zu befassen hatte. Wenn die Bergung erst in dem Augenblick eingeleitet hätte — ich spreche hier nur von Tirol —, wo die ersten Mitglieder der Staatsregierung, des Staatsrates, gekommen sind, dann hätten wir in Tirol überhaupt nichts mehr oder nur sehr wenig zu bergen gehabt. Ich rechne es dem Tiroler Volk als großes Verdienst an, daß es den durchziehenden Truppen all das Material abgenommen hat, das sonst in die Sukzessionsstaaten gegangen wäre, von dem wir heute gar nichts hätten. Denn die Sukzessionsstaaten hätten das gewiß nicht als ein Guthaben des gemeinsamen Staates angemeldet, was sie auf diese Art und Weise in ihre neue Heimat gebracht hätten. Der Überzeugung bin ich. Es ist mir gegenüber auch wiederholt der Vorwurf gemacht worden: Ja, sie haben sogar die Klassen weggenommen! Ja, meine sehr Verehrten, wenn diese Klassen den durchziehenden Truppen nicht weggenommen worden wären, ich weiß nicht, wohin sie gekommen wären. Die Klassen sind in die Finanzlandesdirektion gekommen und dort dann dem Lande Tirol, beziehungsweise dem Staate Deutschösterreich zur Verfügung gestanden.

Zum Schlusse meiner Ausführungen möchte ich noch einmal sagen: All das Bitten und all das Ersuchen an die Staatsregierung, uns erfahrene Männer zu senden, ist unbeantwortet geblieben. Der erste, der nach Tirol gekommen ist, war der Herr Unterstaatssekretär Dr. Waiz mit noch einem Herrn, aber auch er ist post festum gekommen. Wenn wir nicht früher geborgen hätten, so wäre das ganz gewiß später unmöglich gewesen. Daß nicht gar so schlecht geborgen worden ist, mag vielleicht die Ziffer von mehr als 31 Millionen beweisen, die als Erlös aus den Demobilisierungsgütern bis jetzt in Tirol eingelaufen sind. Ich wünsche allen anderen Ländern, daß sie mit ähnlichen Ergebnissen vor die Untersuchungskommission treten können.

Das eine wünsche und hoffe ich, daß die Bevölkerung von Deutschösterreich in ihrer Gesamtheit doch nicht so korrupt sein möge, wie sie heute hier vom Berichterstatter geschildert worden ist. (Zustimmung.) Wenn eine Korruption besteht — und daran zweifle ich nicht —, so glaube ich, ist der Hauptherd dieser Korruption hier in Wien

und diese Krankheit hier in Wien wurzelt darin, daß wir leider an die Spitze dieser Stellen scheinbar Leute mit wenig Verantwortungsgefühl gestellt haben.

Der Herr Kollege Abram hat einen anderen Umstand bekanntgegeben, der vielleicht sehr zutreffend sein mag. Man hat diese Leute nicht entsprechend besoldet und sie infolgedessen eigentlich dazu veranlaßt, sich selbst entlohnt zu machen. Noch einmal mein Wunsch, der darin gipfelt, es möge die Bevölkerung unseres jungen Staates nicht so korrupt sein, wie sie heute hier geschildert worden ist.

Wäre sie so korrupt, dann wären wir unfähig, den Staat aufzubauen und wir werden dann unmöglich jemals an das Ziel unserer Wünsche, zum Anschluß an das Deutsche Reich, kommen, denn schließlich und endlich können wir dem Deutschen Reich nicht zumuten, ein derart korruptes Volk mit in den Staat aufzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Friedmann zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Friedmann: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, mich zum Worte zu melden, sondern bin hierzu erst durch Ausführungen, die heute vorgebracht wurden, veranlaßt worden. Ich hätte mir gedacht, daß eine sachgemäße Debatte über die große Frage der Verwertung der Sachgüter erst hätte abgeführt werden können, wenn der Untersuchungsausschuß, der heute eingesetzt werden soll, seine Arbeit vollendet haben wird. Ich möchte, um Mißverständnissen vorzubeugen, sofort erklären, daß ich mit dem Antrag Gürtler, mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, vollkommen einverstanden bin und selbst zugebe, daß wenn dieser Ausschuß wirklich in die Lage kommt, gründliche Untersuchung zu führen, es nur erspriesslich und im Interesse der Sache sein kann.

Wie angebracht es gewesen wäre, erst nach der Untersuchung hier eine Debatte abzuführen, davon haben mich allerdings die Ausführungen, die heute gefallen sind, inklusive jener des Herrn Berichterstatters, überzeugt. Ich hätte mir gedacht, man hätte, wenn man schon heute spricht, doch ein allgemeines Bild der Organisation entwerfen sollen, damit vermieden werde, daß verschiedene Kompetenzen durcheinander geworfen werden und daß Vermutungen ohne reale Grundlage ausgesprochen werden.

Der Herr Antragsteller selbst hat ja ganz loyal erklärt, er habe den Antrag gestellt, weil es

die Stimme des Volkes sei, es gehe nicht mit rechten Dingen zu. Ich hätte aber vom Herrn Berichterstatter erwartet, daß er doch dem hohen Hause einigermaßen auseinandergesetzt hätte, daß es verschiedene Stellen gibt, die sich mit der Sachabrüstung, wie ihm ja wohl bekannt ist, zu befassen haben. Gestatten Sie mir vielleicht, das in Kürze nachzutragen.

Es ist damit nicht nur die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung befaßt, es ist auch das Staatsamt für Heereswesen, vor allem sind damit auch die Industriewerke befaßt, deren heute Erwähnung getan wurde, und endlich alle diejenigen Zentralstellen, welche die staatliche Bewirtschaftung von Gegenständen zu besorgen haben, die von der Sachdemobilisierung stammen und von der Hauptanstalt diesen Stellen überwiesen werden müssen. Und da bitte ich, nicht zu vergessen, daß dies ganz bedeutende und stark in die Waagschale fallende Waren sind, wie zum Beispiel alle Textilien für Bekleidungs zwecke, Schuhwerk für Bekleidungs zwecke, Metalle u. a. m.

Ich möchte noch hinzufügen und zu bedenken geben, daß nach dem Zusammenbruche die Errichtung einer Organisation zur sachgemäßen Verwertung der Güter eine ganz ungeheure Aufgabe war und daß es sich um einen Ausverkauf handelte, der in seiner Größe auch nicht annähernd von irgendeinem großen Ausverkauf, den es je gegeben hat, erreicht werden konnte. Ursprünglich, noch bevor der Krieg zu Ende war, war ein Plan ausgearbeitet, um auf einem ganz besonders genauen und insolgedessen wohl auch komplizierten Wege die Sachabrüstung durchzuführen. Als der Umsturz kam, mußte der Plan geändert werden; er war noch immer sehr kompliziert, aber die Zeit drängte und man sah ein, man müsse doch endlich an die praktische Verwertung der Sachgüter schreiten. Es war im Jänner, als der damalige Staatssekretär für Handel mich ersucht hatte, an die Spitze des Administrationsrates der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zu treten. Und Sie werden mir daher vielleicht eine gewisse Legitimation zubilligen, daß ich heute das Wort ergreife. Und ich ergreife es nicht nur in dieser meiner Eigenschaft, sondern in der vollen Überzeugung, hier objektiv zu sprechen, um so mehr als der Administrationsrat aus den Vertretern verschiedener Berufskreise und verschiedener Parteien zusammengesetzt ist. Es kann also vorweg der Verdacht nicht bestehen, daß in dieser Frage, die ja wahrlich nur eine rein wirtschaftliche ist, irgendein parteipolitisches Moment mit einer Rolle spielt. Wir zur Seite stehen als Vizepräsident ein Angehöriger der sozialdemokratischen und ein Angehöriger der christlichsozialen Partei, beide Mitglieder der Nationalversammlung. Und im Administrationsrat selbst sind, wie schon betont, die verschiedensten Berufsgruppen vertreten.

Es besteht ein Verteilungsausschuß, der nach genauen Normen verteilt. Es geht der staatliche Bedarf voraus, es ist ferner festgesetzt, welcher Bedarf ein öffentlicher und welcher Bedarf ein gemeinnütziger ist; es sind Vertreter von Gewerbe, von Handel, von Industrie und Landwirtschaft vorhanden und auch die Konsumentenkreise sind vertreten. Der Herr Berichterstatter ist sich wohl nicht im Unklaren darüber, daß gerade den Konsumentenorganisationen bedeutende Quantitäten im Verteilungsausschuß zugewiesen worden sind. Und da der Herr Berichterstatter und zu meinem Erstaunen auch der letzte Herr Redner über diejenigen Leute, welche in der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung angestellt sind, ein sehr herbes und hartes Urteil gefällt haben, so sei es mir gestattet, im Interesse der Gerechtigkeit und Billigkeit zu betonen, daß an der Spitze durchaus nicht Leute mit wenig Verantwortunglichkeitsgefühl stehen, sondern — und in dem werden mir alle diejenigen zustimmen, welche gleich mir im Administrationsrat sitzen und tätig sind — ganz ausgezeichnete und hervorragend pflichttreue Männer an der Spitze der kommerziellen und sonstigen Leitung der Hauptanstalt und der verschiedenen Verwertungsstellen sind. Und ich bitte denn doch von Pauschalverdächtigungen Abstand zu nehmen, wenn Sie nicht in der Lage sind, konkretes Beweismaterial vorzubringen.

Von den Schwierigkeiten, die aus den Unklarheiten erwachsen sind, machen sich wohl die wenigsten, die so schlechterdings über die unsachgemäße Verwertung der Sachgüter sprechen und mitschimpfen, einen Begriff. Bevor der Friede von St. Germain geschlossen war, mußte man Verträge mit den Vertretern der Sukzessionsstaaten abschließen, wie Ihnen bekannt ist. Wir hatten einen sehr schweren Kampf mit den Vertretern der Tschecho-Slowakei anzufechten. Es hat unendlich lange gedauert, bis halbwegs eine Klarstellung darüber erfolgen konnte, welche Sachgüter das Staatsamt für Heereswesen freigibt und welche es für sich in Anspruch nimmt. Der Streit ist übrigens noch nicht ausgetragen. Die einzelnen Depots konnten nur sehr kufzessive ausgeliefert werden, man konnte nicht wie sonst bei einem Warenverkauf zunächst die volle Inventarisierung vornehmen und dann mit dem Verkauf beginnen. Denn einerseits drängte es auch, die Sachgüter zu veräußern, weil ja der Zweck erreicht werden sollte, sie möglichst bald der Volkswirtschaft zuzuführen und es konnten zwei Systeme durchgeführt werden: entweder ein möglichst schneller Verkauf, um die Volkswirtschaft zu beleben, um alle Sachgüter in Produktion und Verbrauch zu bringen, oder aber langsamer zu veräußern, nach einem ganz besonders ausgeklügelten Plan und von dem Gedanken ausgehend, daß, je später veräußert wird, um so höher der Preis der Sachgüter sein

wird. Ich glaube nicht, daß dieser Standpunkt ein gerechtfertigter ist, erstens nicht im Interesse der Volkswirtschaft, die, wie gesagt, diese Güter möglichst schnell zur Verarbeitung und zum Verbräuche benötigt, und dann, weil doch der Gedanke des Zurückhaltens, um dann teurer zu verkaufen, allzusehr an Machinationen erinnert, die wir alle verurteilen und von denen wir nicht wünschen können, daß sie auch in die Grundsätze der Veräußerung seitens der Sachdemobilisierung eingeführt werden. (Ruf: Was ist es mit der Verwertung der Kriegsbauten? Darüber ließe sich sehr viel sprechen!) Eine der schwierigsten Frage ist die Frage der Verwertung der Kriegsbauten. Es ist eine Kriegsbautenverwertungsgesellschaft gegründet worden, wie ja überhaupt die Veräußerung dieser unendlich großen Zahl von Gütern nicht bürokratisch durch die Beamten selbst, durch die Hauptanstalt vor sich gehen kann, sondern es ließen sich schließlich und endlich alle überzeugen, daß man hier auch nach gewissen kaufmännischen Grundsätzen vorgehen muß und daß eine Veräußerungsstelle gegründet werden muß, die, wie ich, um Mißverständnisse zu vermeiden, ganz ausdrücklich betone, die Veräußerung nur in kommissionsweisem Verkauf vorzunehmen hatte und vorzunehmen hat. Aber wenn Sie über Kriegsbauten sprechen, so bitte ich doch nicht zu vergessen, wie unendlich schwierig die Frage der Eigentumsverhältnisse ist, nicht zu vergessen, daß hier Pachtungsfragen mitspielen, daß Gebäude auf fremdem Grund errichtet worden sind, daß es sich zum Teil um permanente Gebäude, um Gebäude mit komplizierten Kanalisations- und sonstigen Arbeiten handelt. Und es war auch noch gar nicht sichergestellt, wer denn für die Verbindlichkeiten aufzukommen hat, die von dem alten k. u. k. Kriegsministerium eingegangen worden sind. Wir konnten uns doch in dieser Frage nicht durchwegs als die Nachfolger erklären.

Ich glaube, zwei der Herren Redner haben von der Verschleuderung der Sachgüter gesprochen. Da werde ich doch neugierig sein, abzuwarten, wen sie dessen beschuldigen und welche konkrete Anhaltspunkte sie geben. Soweit die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung in Betracht kommt, erfolgt die Veräußerung auf Grund von Schätzungen und nach den Bestimmungen des Verteilungsausschusses, in dem die Staatsämter ebenso wie die Vertreter des öffentlichen und gemeinnützigen Bedarfs vertreten sind. Verkauft wird nach dem Schätzwerte, von einer Verschleuderung kann also bei diesem Prinzip nicht die Rede sein. Gewiß kommt es vor, und warum soll es gerade in diesem Falle nicht vorkommen, während doch leider infolge des Krieges und der nachfolgenden Ereignisse die Demoralisation auf allen Gebieten eine ungeheure geworden ist, warum soll es also nicht auch hier

vorkommen, daß ganz gegen die Verkaufsbedingungen mit der einen oder anderen Ware auch Schleichhandel getrieben wird? So oft man einem derartigen Mißbrauche auf die Spur kommt, trachtet man ihn abzustellen. Grundsatz ist, nach Möglichkeit die Sachgüter von der Hauptanstalt, soweit sie darüber verfügt — ich habe schon gesagt, daß sie nicht allein durchwegs über alle Sachen verfügen kann — direkt an den Verbraucher zu führen, also an den Konsumenten schlechtweg oder an den Produzenten, der die betreffenden Güter zur Weiterverarbeitung oder als Erzeugungsmittel benötigt. Nebstbei gibt es Organisationen der Invaliden, die auch mit Sachgütern bedacht werden. Im Laufe verschiedener Untersuchungen sind wir darauf gekommen, daß, wenn Mißbrauch getrieben wurde, wenn Schleichhandel vorgekommen ist, er so ziemlich alle Gruppen der Abnehmer trifft. Aber man müßte lügen, wenn man sagen wollte, daß es die Regel war; wohl bei weitem nicht.

Die Herren haben auch gemeint, die Verschleuderung sei besonders in Wien eine große gewesen. Ich möchte mich in die Frage der Gestir der ganzen Angelegenheit seitens der Länder nicht hineinmengen, es war da vieles nicht erfreulich und ist eben eines der Zeichen des Mangels der Staatseinheit und der Autorität. Aber wenn gesagt wird, daß gerade hier verschleudert wurde, so möchte ich den verehrten Herren, die den Untersuchungsausschuß bilden werden, jetzt schon mitteilen, daß, wenn sie diese Untersuchung genau führen und die Preise kontrollieren, sie dieses vorhin geäußerte Urteil werden revidieren müssen. Nein, meine Herren, gerade in den Ländern wurde zu weit niedrigeren Preisen veräußert, als in Wien, und man hat oft und oft darüber Klage geführt, daß Wien und Niederösterreich, daß alle diejenigen Stellen, die in Wien und Niederösterreich Bedarf an diesen Gütern haben, um ganz Bedeutendes höhere Preise zu zahlen haben, als in den Ländern gezahlt werden.

Meine Damen und Herren! Der Herr Antragsteller hat mit vollem Recht erklärt, er wolle nicht nur die Gebarung der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, sondern auch aller anderen Anstalten, die mit Sachgütern zu tun haben, untersuchen und hat im besonderen auf die staatlichen Industriewerke hingewiesen. Ich begrüße diese Ansicht und hoffe, daß es dem Untersuchungsausschusse tatsächlich gelingen wird, eine genaue Untersuchung der Gebarung der Industriewerke durchzuführen, möglichst bald zu berichten und daß dieser Bericht zu dem Ergebnisse der Abstellung von Mißbräuchen führen wird, die tatsächlich unterlaufen sind. Die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung ist oft und wiederholt in schwere Kompetenzkonflikte mit den staatlichen Industriewerken, mit den ehemaligen

militärischen Betrieben verwickelt worden und gerade diese Betriebe sind es, die zum Teil noch über ganz ungeheure Mengen, für unsere Produktion, für Gewerbe und Industrie notwendige und unentbehrliche Sachgüter verfügen, deren Verwertung aber auf die allergrößten Schwierigkeiten deshalb stößt, weil auch hier, wie in so vielen Belangen, die Staatsautorität vollends versagt.

Ich hoffe, daß dieser Untersuchungsausschuß, der eine außerordentlich schwierige Arbeit übernommen hat, in der Lage sein wird, in absehbarer Zeit sich dieser Aufgabe zu entledigen, und ich habe nur deshalb das Wort ergriffen, weil ich kraft der Ehrenstellung, die ich vor 1½ Jahren eingenommen habe, die eine sehr mühsame ist und die ich im Verein mit den übrigen Kollegen des Administrationsrates nach bestem Wissen und Gewissen erfülle, verpflichtet war, auf Einwürfe zu erwidern, die erst dann vorgebracht werden dürfen, wenn sie bewiesen sind.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Zum Worte ist ferner gemeldet der Herr Abgeordnete Edlinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Edlinger:** Hohes Haus! Ich möchte in Kürze zu dem eingebrachten Antrag, der die Sachdemobilisierung betrifft, Stellung nehmen. Es ist nicht so lange Zeit her, daß sich das Haus mit dieser unglückseligen Institution beschäftigten mußte; es war die Angelegenheit der Pelzulankas, die bald aufgeklärt oder, besser gesagt, erledigt wurde.

Heute beschäftigt nicht mehr ein gutes und für die Bevölkerung nicht uninteressantes Geschäft dieses Instituts das hohe Haus, sondern das Wesen der Sachdemobilisierung, deren gesamte Gebarung, deren Depots und Lager, die Verwertung der vielen Vorräte und verschiedene andere Sachen.

Die junge Republik hat in Not und Glend, in einer Zwangslage diese Institution geschaffen, in der festen Hoffnung, die Sachdemobilisierungsvorräte in der besten und entsprechendsten Art zu verwerten. Was hört man aber von dieser Verwertungsstelle? In jedem Land, in jeder Stadt und in jedem Dorf, kurz von der ganzen Bevölkerung Österreichs wird die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung der schärfsten Kritik unterzogen. Die Bevölkerung hat das Recht zu erfahren, was in der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung alles vorgeht, und so wollen wir wissen — das kann für die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung nur gut sein —, wie es mit der gesamten Gebarung bestellt ist. Wir wollen Aufschluß haben, was mit den Sachdemobilisierungsvorräten geschieht, wir verlangen Einblick in die staatlichen Industriewerke, die von

Sachdemobilisierungsgütern ganz oder teilweise erhalten werden, wir wollen die Verträge, die von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung abgeschlossen wurden, unter allen Umständen kennen lernen. Denn es muß endlich einmal aufgeklärt werden, ob die Wirtschaft in der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung in Ordnung ist oder ob mit diesen Zuständen einmal Schluß gemacht werden muß.

Was wir nicht alles von jenem Zufavertrage gesprochen! Natürlich muß ein jeder, der ihn kennt — und ich bin jederzeit bereit, dem hohen Hause eine Abschrift desselben vorzulegen — ohne daß er irgendwie zu übertreiben braucht, feststellen, daß dieser Vertrag unter der Angabe „für die Flieger“, „für die Invaliden“, „für die Arbeiter“, selbstverständlich auch für das Wohl der Republik abgefaßt wurde, aber von dem allen auch nicht das geringste erfüllt. Was wird nicht alles von den Provisionen, die die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zahlt, gesprochen! Uns interessiert es auch, wie man nach neunmonatiger Dienstleistung in der Autoabteilung der Sachdemobilisierung zum Generaldirektor der Fiatwerke werden kann. Ist es ferner noch nie oder nur einmal vorgekommen oder kommt es nach Bedarf vor, daß die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung mit Kenntnis des Staatskommissariates desselben Kommissionen einberuft, wo die Vertreter der Staatsämter ihren Bedarf bekanntgeben sollen, und wenn dann das betreffende Depot besichtigt wird, stellt sich heraus, daß die Vorräte schon längst verkauft worden sind.

In Anbetracht dessen, daß die Verwertung der Sachdemobilisierungsgüter, jede Gebarung der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung und der mit ihr im Vertragsverhältnis stehenden Unternehmungen, daß die von den Geldern derselben ganz oder teilweise erhaltenen Industriewerke und ähnliche staatliche Unternehmungen und alle von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung abgeschlossenen Verträge eine für Staat und Volk wichtige Interessensphäre bilden, erlaube ich das hohe Haus, für den vorliegenden Antrag zu stimmen, denn das Volk, von dem man während des Krieges Kriegsanleihe verlangt hat, damit der Staat die Güter anschaffen kann, hat das Recht einmal zu erfahren, wie es in diesen Verwertungsstellen zugeht. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident Dr. Dinghofer:** Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Paulitsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Paulitsch:** Hohes Haus! Es wäre mir nicht beigefallen, zum gegenwärtigen Gegenstand zu sprechen, wenn nicht der Herr Berichterstatter über die Verhältnisse in Kärnten ein

vollständig unrichtiges und einseitiges Bild gegeben hätte und dies in einer Art und Weise, daß ich mit Bewunderung und steigendem Befremden mitanhören mußte. Der Herr Berichterstatter nennt Kärnten ein Eldorado. Ich möchte nur wünschen, daß dieses Wort uns Kärntnern nicht ebenso nachteilig sein würde, wie es schon einmal geschehen ist. Ich stelle mir unter „Eldorado“, etwas ganz anderes vor. Ein Land, welches eine dreijährige Kriegszeit in der vordersten Front hinter sich hat, kann auch dann nicht ein Eldorado genannt werden, wenn wirklich dieses Land und seine Bewohner materielle Vorteile in bedeutender Menge für sich hätten ziehen können.

Aber ich hätte vom Herrn Berichterstatter etwas ganz anderes erwartet. Ich hätte erwartet, daß der Herr Berichterstatter dem Lande Kärnten Dank sagt für dasjenige, was dieses Land dem Staate gerettet hat. *(Sehr richtig!)* In jenen Tagen des Oktober und November 1918 sind bei 200.000 Mann durch Kärnten durchgezogen und daß diese Truppen in geregelter Art und Weise durch Kärnten durchgebracht werden konnten, daß der Eisenbahnverkehr abgewickelt werden konnte, daß keine Ausschreitungen und Plünderungen durch die Truppen erfolgten, das verdanken wir nicht dem Einheitsstaate und den staatlichen Organen, das verdanken wir vorwiegend den Organen des eigenen Landes Kärnten. *(Sehr richtig!)* Und deshalb soll man dieses Land nicht ein Eldorado nennen, wo vielleicht Milch und Honig fließt, sondern ein Land, dem man öffentlich Dank sagen soll für die Tätigkeit, die es im Interesse der Öffentlichkeit und der Gesamtheit entwickelt hat.

Es ist auch von den Pferden gesprochen worden, welche die bäuerliche Bevölkerung dort angekauft hat. Ich stelle nicht im geringsten in Abrede, daß hier Ausschreitungen bedauerlichsterweise vorgekommen sind, nicht nur von dieser Seite, sondern auch von anderer Seite aus. Es haben sich daran eben alle Schichten der Bevölkerung beteiligt und es soll weder das eine hervorgehoben noch das andere herabgesetzt werden.

Ich will auch nicht beschönigen. Ich stelle fest soweit ich die Verhältnisse selbst gesehen habe, daß zum Beispiel auf dem großen Exerzierplatze bei Klagenfurt viele Tausende Pferde herumgeirrt haben, daß Dutzende von Pferdeleichen herumgelegen sind, daß diese Pferde in die Stadt hineingegangen und hinter Haustore gerannt sind, und daß es infolgedessen nur im Interesse der Allgemeinheit gelegen war, wenn Landwirte diese Pferde vor dem sicheren Hungertod errettet haben. Und wenn in späterer Zeit von den Behörden herantreten worden ist, daß Nachzahlungen erfolgen, so ist dies in einer Art und Weise geregelt worden, welche da und dort Mißstimmung hervorgerufen hat.

Man kann es ihnen also nicht zum Vorwurfe machen, weil sonst großes Nationalvermögen sicherlich verloren gegangen wäre. Wir dürfen aber nicht daran vergessen: durch die Organe des Landes sind trotzdem dem Staate Millionenwerte an Berggütern gerettet worden. Das erstemal beim Zusammenbruch und das zweitemal, als der jugoslawische Einfall gekommen ist. Damals hat sich Kärnten eingesetzt und hat diese Werte in einer klugen, energischen und zielbewußten Weise wieder der Allgemeinheit erhalten. Daß sind Tatsachen, und es wäre für den Herrn Berichterstatter angezeigt gewesen, sich zuerst um diese Tatsachen zu kümmern, bevor er ein so hartes und verletzendes Urteil über ein Land fällt. *(Sehr richtig!)*

Wir Christlichsozialen werden selbstverständlich für diesen Antrag und für den Bericht des Hauptausschusses stimmen. Wir wünschen nichts anderes, als daß hier in dieser Saale vollste Klarheit geschaffen und die Schuldtragenden zur Verantwortung gezogen werden. *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Regner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Regner: Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Der Antrag und die Debatte kommen uns sehr erwünscht. Es haben ja schon Vorredner betont, daß wir alle ein Interesse daran haben, Unregelmäßigkeiten, wenn sie vorgekommen sind, aufzuklären und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Es ist richtig, daß nach dem Zusammenbruch ein kolossaler Wirwar bestanden hat, in dem sozusagen die Hyänen des Schlachtfeldes nicht etwa in verschämter Weise, sondern in der unverschämtesten Weise die wertvollsten Dinge auf die Seite zu räumen verstanden. Wenn ein Herr Vorredner, ich glaube Herr Dr. Straßner, gemeint hat — ich weiß nicht, worauf er anspielte — daß der Zusammenbruch vorbereitet war, daß aber nicht auch planmäßig vorbereitet war, wie man die Güter sofort in Verwahrung nehmen könnte, dann möchte ich sagen, die Vorbereitung des Zusammenbruches war das ewige auf den Siegfrieden-Hinarbeiten und damit den Krieg-Hinausziehen, so daß vorauszusehen war, daß der Zusammenbruch schließlich kommen mußte. Vorbereitung war aber auch bei jenen Leuten, die sofort beim Zusammenbruch gewußt haben, wie sie die Sachen auf die Seite zu bringen hatten. Und wer war das? Zum großen Teil waren es gerade Leute aus der Armee, die mit gefüllten Autos und mit den reichlichen Vorräten, die damals noch vorhanden waren, sich zu retten und die wertvollsten Gegenstände auf allen mög-

lichen Wegen ins Hinterland zu schaffen suchten. Es war ja nicht alles hinter Mauern, große Reichtümer befanden sich auch in den Etappen und man hat das sofort planmäßig zu verschieben verstanden. Den Arbeitertruppen im Hinterlande und auch den bürgerlichen Truppen, soweit sie sich den Arbeitern anschlossen, ist es gelungen, einen großen Teil dieser Güter, die geraubt werden sollten, wieder zu retten. Aber ich will heute auf dieses Kapitel nicht eingehen, es wird sich ja später vielleicht noch Gelegenheit dafür finden. Ich möchte nur auf einiges aufmerksam machen, was nach dem Zusammenbruch bei der Sachdemobilisierung geschehen ist und Ursache der großen Verstimmung in der Bevölkerung war.

Es wurde hier von der Pferdefreundlichkeit, von der Tierfreundlichkeit gesprochen. Das mag bis zu einem gewissen Grade seine Berechtigung haben. Aber wenn man sah, wie später diese geretteten Pferde und Wagen und Sattel und Lederzeug zu einem ganz geringen Preise, bei uns zum Beispiel mit 50 K und 100 K verkauft wurden, nicht an Leute, die keinen Stall hatten, sondern an Leute, die Stallungen und auch die Möglichkeit der nötigen Vorsorge für die Pferde hatten, während die minderbemittelten Arbeiter und vielleicht auch Beamten, also auch Mittelständler, ein paar Schuhe aus der Sachdemobilisierung mit 160 K und 200 K bezahlen mußten, dann mußte schließlich die Bevölkerung sich fragen: Wo ist da die Gerechtigkeit, wer sind die Leute, die das verhandeln und verschachern? Und das geschah nicht nur in Wien, sondern auch in den Ländern, es geschah überall. Und wenn die Länder in ihrem Separatismus sich überall ihre eigenen Bergestellten und Ablagestellen schufen, so geschah dies gewiß aus dem Grunde, um eine Zentralisation zu verhindern, um sich selbst das im Lande Vorhandene anzueignen. Das ist bei uns in Steiermark genau so geschehen wie in allen anderen Ländern.

Und weil von den Betrieben die Rede war, so möchte ich auf einige Betriebe verweisen, welche nach dem Zusammenbruch übrig geblieben sind.

Bei uns ist zum Beispiel ein großer Holzverarbeitungsbetrieb. Dieser Betrieb hat während der militärischen Periode für die Front Bauten und Möbel, Trainwagen, Fässer und andere Dinge aus Holz erzeugt. Alle diese Betriebe sind nun dagestanden nach dem Zusammenbruch; es ist gelungen, die Werkzeuge, die Maschinen, das Holzmaterial und alles zu retten, sodaß die Betriebe sofort wieder weiter arbeiten hätten können. Nun ist die Sachdemobilisierung dem Lande Steiermark zugewiesen worden. Die steirische Landesregierung hat zu diesem Zwecke eine eigene Organisation geschaffen, die in anderen Ländern vielleicht nicht so sehr bekannte, bei uns aber sehr berüchtigte „Stelest“

ist. Die „Stelest“ war die Verwalterin und Verwerterin dieser Güter. Sie hatte vielleicht die besten Absichten, auch die Sachdemobilisierung ordentlich zu verwalten, aber, da sich nicht alles nach dem Maße des Bowidl- und Krautfasses verwalten läßt, sondern die Sachdemobilisierungsgüter doch auch von einer anderen Seite aus betrachtet werden müssen, war es begreiflich, daß für die Erhaltung der Werkstätten und Betriebe in Feldbach, Knittelfeld, Trofaiach, Puntigam usw. nicht das nötige Maß von Verständnis aufgebracht wurde.

Die Betriebe von Feldbach und Knittelfeld haben nun langsam begonnen, Möbel, Wagen und Fässer zu erzeugen. Das hat aber bald den Unmut gewisser Gruppen in Steiermark hervorgerufen, und das Allererste war, daß man von der Landesregierung verlangte, daß die Erzeugnisse dieser Betriebe unter gar keinen Umständen im Hinterlande verkauft werden dürfen. Zum Schutze des heimischen Kleingewerbes wurde gefordert, daß diese Erzeugnisse unter allen Umständen als Kompensationsware verwertet werden müssen. Es war auch sofort das Bestreben vorherrschend, das vorhandene Material, wie Holz, Nägel, Schloßer und diverse andere Sachen, die man zur Möbelerzeugung braucht, oder auch zum Bau von Häusern notwendige Baubestandteile zu verkaufen und abzugeben. Wie dies der Herr Abgeordnete Friedmann betont hat, besteht die „Stelest“ aus Unterabteilungen, in denen landwirtschaftliche, kaufmännische, Konsumentengenossenschaften usw. ihren Anteil geltend machen konnten. Es wurden nun die Bestandteile vergeben und es muß konstatiert werden, daß zum Beispiel Nägel in Unsummen, ferner Schrauben, Türschloßer, Türangeln usw. an landwirtschaftliche Genossenschaften um einen Preis vergeben worden sind, der außerordentlich gering war, oft um 1, 2 K pro Kilogramm. Vielleicht hat die bäuerliche Bevölkerung diese Bestandteile gebraucht, aber die Betriebe, die nun zu produzieren beauftragt worden sind, mußten und müssen auch heute, soweit sie die Produktion aufgenommen haben, zu einem Preis von 100 K und noch teurer diese Gegenstände kaufen, die um 1 K und 2 K pro Kilogramm verkauft worden sind. Es ergab sich nun Folgendes: Im vorigen Jahre wurden zirka 180 Garnituren Möbel in dem einen Betriebe produziert, im Feldbacher Betriebe ungefähr 400 Garnituren. Es war nun Aufgabe der Verwaltung, diese Möbel ins Ausland zu verkaufen. Wiederholt war die Möglichkeit vorhanden, diese Möbel als Kompensation an das Ausland abzugeben und dafür Lebensmittel zu bekommen. So oft sich diese Gelegenheit geboten hat, hat man es verstanden, die Möglichkeit des Austausches zu verhindern, und die Möbel stehen heute noch dort, sie sind heute noch nicht verwertet. Teilweise sind sie auch wieder zusammengefallen, weil sie nicht in

ordnungsgemäßen Aufbewahrungsräumen untergebracht werden konnten, weil der Beim in der feuchten Luft zergangen ist. So ist ihr Verkauf unmöglich geworden. Die Arbeiterschaft in Donauwitz, die Arbeiterschaft im Oberlande, die infolge Hungers und Entbehrungen streifte, hat man mit Maschinengewehren empfangen und niedergeschossen, die Möbel aber hat man ruhig stehen gelassen und unser wiederholtes energisches Vorgehen war nicht imstande, diese Möbel zum Austausch herauszubringen.

Das mußte Erbitterung unter der Arbeiterschaft erregen. Wir bemühten uns durch beinahe fünfviertel Jahre, diese Betriebe zumindest der Gemeinde zu übergeben, damit sie sie in einen gemeinsamen Betrieb umwandelt, damit man die Produktion in diesen Betrieben nutzbringend für den Staat verwertet. Man mußte doch sehen, daß dort viele Tausende und Hunderttausende von Kronen aufgewendet wurden. Die Unlust der Arbeiterschaft zur Arbeit, als sie sah, sie produziert nur, damit die Möbel in die Magazine wandern, wo sie verfaulen, wo sie keiner Verwertung zugeführt werden, war begreiflich. Millionen wurden ausgegeben, die Einnahme ist gleich null. Wohl stehen die Dinge da, aber sie können nicht voll verwertet werden. Feldbach ist, da sich die Arbeiterschaft zur Wehr setzte, da sie sich bemühte, dieses Ünding einmal abzuschaffen, zu einem kommunistischen Nest gestempelt worden. Vielleicht ist noch das Schildbürgerstückchen, welches sich die Landesregierung von Graz geleistet hat, in Erinnerung, welche Feldbach durch Gendarmen und Volkswehr erobern ließ, weil sich die Arbeiterschaft dort gegen diesen Unfinn gewehrt hat. (Zwischenrufe des Abgeordneten Luttenberger.) Aber Kollege Luttenberger, Sie sehen nichts, als den rebellierenden Arbeiter, aber nicht die Begleiterscheinungen, die ich hier geschildert habe. Ich möchte Sie sehen, Kollege Luttenberger, wenn Sie irgendwo eine unglaubliche Menge von Kukuruz aufgehäuft hätten und Sie könnten ihre Schweine nicht füttern und der Mais würde verschimmeln, ob Sie nicht auch vielleicht hingehen und sagen würden: Heraus mit dem Kukuruz! Wenn man nur produziert, damit es verfault und zugrunde geht, dann ist begreiflich, daß die Arbeiterschaft fragt: Warum erzeugen wir? Man zahlt uns Löhne, der Staat gibt Gelder, es wird aber nie verkauft. Die Arbeiterschaft mußte unruhig werden, sie wollte nicht das Geld umsonst. Sie wollte, daß das Geld umgesetzt werde in Kompensationsware, damit sie leben kann. Das war der Anlaß zur Unruhe und Aufregung, darum war es ein kommunistisches Nest. Bei uns im Oberlande ist es gelungen, die Arbeiterschaft vielleicht infolge der Straffheit der Organisation in Ruhe zu erhalten, damit sie nicht Ausschreitungen verübt.

Aber auch bei uns ist der Unmut außerordentlich groß.

In Trofaiach war eine große Binderei. Es sind Maschinen dort gestanden, fertig zugeschnittenes Material war da für Tausende und Hunderttausende von Zementfässern. Wir haben angesprochen, man soll diese Maschinen in Betrieb setzen, man soll Fässer zum Versand von Obst, Zement usw., man soll undichte Fässer erzeugen lassen. Es ist nicht möglich gewesen, das zu erreichen. Heut noch steht diese Binderei in verrostetem und unbrauchbarem Zustande dort, alle Bestandteile aus Holz sind verschleppt, verkauft verschachert und verschoben worden. Man hatte bei uns große Vorräte an Fassdauben, an Eichendauben und hat diese jetzt erst, ich glaube, 40.000 Stück à 60 h verkauft, wo heute ein Faß ein horrendes Vermögen kostet.

Diese Dinge müssen dazu führen, daß wir sagen, hier muß endlich eine Untersuchung erfolgen. Wir haben daher diese Untersuchung sehrlich gewünscht. Es ist eigentlich komisch, wenn man gerade hier alles nach einer Richtung hin mißt. Es wurde zum Beispiel gesagt, die Verwaltung der Sachdemobilisierung ist deswegen so schlecht, weil sie verjudet ist. Schauen Sie unsere Sachdemobilisierung in der Steiermark an. Da steht an der Spitze der nicht gerade sehr berühmte und jetzt in dem Prozesse Wutte kompromittierte Casapiccolo als Generaldirektor; Herr Wutte sitzt im Verwaltungsrat der „Stelest“, oder ist darin gefessen. Ob Sie die auch zu den Juden rechnen, weiß ich nicht; aber das Eine ist sicher, daß Sie nicht alles nach einer Schablone behandeln, sondern daß man dabei doch berücksichtigen soll, ob Casapiccolo, Wutte usw. auch unter die Juden zu zählen sind. Ich glaube, die beiden Herren würden sich trotz ihrer nicht gerade besonderen Berühmtheit dagegen wehren, daß sie unter die offiziellen Juden gerechnet werden. (Heiterkeit.)

Ich möchte noch weiter sagen, daß der Betrieb, wie wir ihn dort haben, immer hingestellt worden ist als Versorgungsstelle. Es heißt in einer Verordnung, daß der Betrieb nicht aufgelassen werden, daß die Arbeiterschaft beschäftigt werden soll, so lange nur die Möglichkeit vorhanden ist. Das ist so der Schimmel der Sachdemobilisierung. Ob der Betrieb nutzbringend, ob er ertragsfähig ist, ob er die notwendige Verzinsung aufbringt, ist egal. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß uns die Hochkonjunktur, die jetzt in der Möbelindustrie vorhanden war, die Möglichkeit gibt, Möbel bis ins Unendliche zu produzieren und mit Rücksicht auf die nahe italienische Grenze zu hohen Werten an Italien abzugeben. Es ist uns nicht gelungen. Bis heute haben wir nicht einen Nagel aus unserem Betrieb nach Italien hinausgebracht. Nun ist es, in der vorigen Woche nach vielem

Drängen möglich gewesen, nachdem wir keine Saatkartoffeln haben, 25 Waggon Saatkartoffeln gegen Möbel umzutauschen. Leider ist am Samstag die Einfuhr der Möbel verboten worden. Als wir endlich erreicht haben, daß wir 48 Garnituren abgestellt hätten, da hat die italienische Regierung die Einfuhr untersagt. (*Abgeordneter Steinegger: Wir brauchen die Möbel auch im Inlande!*)

Gewiß, es brauchen auch unsere Arbeiter die Möbel, man braucht die Möbel im Inlande. Aber Sie haben gehört, mit welchen Argumenten man den Verkauf im Inlande untersagt hat. Man fürchtete, das inländische Kleinmeisterum in seiner Produktionsfähigkeit zu schädigen.

Ich habe nur das eine heute anführen wollen, um Ihnen zu beweisen, wie planlos und ziellos in den Sachdemobilisierungsstellen gearbeitet wird. Ich verurteile nicht die Leute, die darin sitzen, in allererster Linie verurteile ich das ganze System und darum wünsche und begrüße ich es, daß eine Kommission besteht, die alles untersucht und die alles aufdeckt. Wir haben bei uns in der Gemeinde schon schwere Kämpfe mit der Landesregierung gehabt, weil wir unentwegt erklärt haben, daß das doch ganz bestimmt eine Stelle ist, welche mit dem Gelde des Staates geschaffen wurde. Bei uns liegen Millionen und Millionen in Gründen, Kanälen, Straßen, Wasserleitungen, im elektrischem Licht; alles das soll doch verwendet werden. Wir haben eine Wohnungsnot, welche mehr als erschreckend ist, wir haben aber nicht die Möglichkeit, irgendeinen Bau zu errichten. Wir haben Baracken, die wir adaptieren könnten, um die Wohnungsnot zu lindern, wir vermüssen aber jegliche Unterstützung, um diese Wohnungsnot zu lindern. Die Eisenbahnen sollen ausgebaut werden. Die Montierungen stehen fertig, wir brauchen vier- bis fünfhundert Arbeiter, sind aber nicht imstande, die Arbeiter hinzuschaffen. Die Montierungen sollen im Juli oder August in Betrieb gesetzt werden. Es steht im Friedensvertrage, daß wir aus den früher zu uns gehörigen Staaten Reparaturen übernehmen können, selbstverständlich gegen Bezahlung. Wenn wir imstande wären, diese Werkstätten in Betrieb zu setzen, würde die Valuta bedeutend steigen. Wir finden nicht die geringste Unterstützung, um auf diesen Gründen, die zu nichts mehr benutzt werden können, die nie mehr zu Ackergründen oder Baugründen verwendet werden können, die Baracken auszubauen. Das alles sind Dinge, die einer strengen Kontrolle unterzogen werden sollen. Darum stimmen wir sehr gerne für diesen Antrag, der uns die Möglichkeit gibt, diese Kontrolle, die alle bestimmt wünschen, durchzuführen. (*Beifall.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt weiter der Herr Abgeordnete Krügl; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Krügl: Meine hochverehrten Anwesenden! Wollen Sie mir gestatten, daß auch ich Ihre Aufmerksamkeit eine ganz kurze Zeit in Anspruch nehme. Ich bin ein Oberösterreicher. Nun hat der Herr Berichterstatter es für gut befunden, von Oberösterreich zu sprechen, es sind etwas bittere Worte gefallen, und es ist ein Vorwurf erhoben worden, den wir nicht ruhig hinnehmen können. Sie gestatten daher, daß ich eine kleine Berichtigung vornehme. Ich habe mich als Kontraredner eintragen lassen, habe aber gegen den Antragsteller und den Antrag selbst nichts einzuwenden, nur die Form, in der der Herr Berichterstatter gesprochen hat, ist mir nicht angenehm. Ich habe mir gedacht, daß in der Nationalversammlung Beratungen stattfinden, aber es hat den Anschein, als ob hier sozusagen eine Schwurgerichtsverhandlung abgehalten würde, bei der der Herr Berichterstatter den Staatsanwalt spielt. Auf seine Ausführungen ist selbstverständlich eine Replik erlaubt. Ich möchte ihm also erwidern und auf folgendes aufmerksam machen. Ich war als Oberösterreicher über diese Sache nie so genau unterrichtet wie der Herr Berichterstatter. In meinem Wahlbezirke sind zwei Lager, das Aschacher Lager und das in Marchtrenk. Es ist mir nun erinnerlich, obwohl ich mich nicht näher dafür interessiert habe — ich hatte ja dort nichts weiter zu suchen — daß nach dem Zusammenbruch die Bewachungsmannschaft und ein Kommando dort geblieben ist. Wenn Gegenstände weggeführt wurden, so muß eigentlich das Wachkommando da mitgestohlen haben. Die Bauern konnten sich doch nicht mir nichts dir nichts etwas nehmen. Wie kommt das? Und was die Pferde anbelangt, so muß ich auch etwas richtigstellen. Als ich noch Landtagsabgeordneter war, hat sich ein Teil der Wähler mit der Bitte an mich gewendet, ich möge sie in Schutz nehmen, weil sie von Händlern Heimfehrepferde gekauft haben. Diese Pferde wurden eingetragen und in Evidenz gehalten. Herr Berichterstatter, ich bitte das im Gedächtnis zu behalten. Die Pferde wurden eingeschätzt und der Bauer, der billiger gekauft hatte, als die Schätzung ergab, mußte nachzahlen. Das nenne ich nicht gestohlen. Sonderbar ist es auch, daß diese Kommissionen den Bauern, der zwei Pferde gekauft hatte, von denen ihm dann eines umgestanden ist und der das Stück um 400, 600, 800, 1000 und 2000 K gekauft hat, nicht entschädigt haben. Den Verlust hat der Bauer gehabt, den Nutzen der Staat. Da kann man nicht sagen, daß der Bauer ein schlechter Kerl gewesen ist, er hat eigentlich ein Malheur gehabt, von den beiden Pferden ist ihm nur eines geblieben und das mußte er schwer bezahlen. Der Zustand, in dem diese Pferde den Bauern übergeben wurden — ich hatte keines, ich war nicht dabei, wie gestohlen wurde, und auch nicht dabei, wie die Pferde verhandelt

wurden, ich konstatiere nur die Tatsache — war ein derartig herabgekommener, daß die Bauern mit den Tieren nicht arbeiten konnten; die Pferde waren krank, ermattet und ausgehungert. Erst nachträglich, als sie in besserer Konstitution standen, ist die Kommission gekommen und hat den Bauern die Pferde hoch hinaufstaziert.

Das wollte ich richtigstellen, weil ich es doch nicht hinnehmen kann, daß man von den Bauern so abfällig spricht. (*Bravo! Bravo!*)

Präsident Dr. **Dinghofer**: Zu einem formellen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Zwanzger zum Worte gemeldet.

Abgeordneter **Zwanzger**: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Präsident Dr. **Dinghofer**: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. (*Nach einer Pause.*)

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dem Antrage auf Schluß der Debatte zustimmen, sich zu erheben. (*Geschicht.*) Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen.

Es sind in die Rednerliste noch eingetragen: kontra: die Herren Abgeordneten Luttenberger, Steinegger und Fischer; pro: die Herren Abgeordneten Rittinger, Stricker, Wiedenhofer, Forstner, Hohenberg, Leuthner, Hölzl und Gabriel.

Ich bitte, sich auf einen Generalredner kontra und pro zu einigen. (*Nach einer Pause.*)

Gewählt wurde zum Generalredner kontra der Herr Abgeordnete Luttenberger, zum Generalredner pro der Herr Abgeordnete Rittinger.

Ich erteile dem Generalredner kontra, Herrn Abgeordneten Luttenberger das Wort.

Abgeordneter **Luttenberger**: Hohes Haus! Es haben schon eine Menge von Herren zu diesem Antrage über die Sachdemobilisierung gesprochen. Ich begrüße es freudigst, daß man endlich einmal daran geht, diese Eiterbeule aufzuschneiden und die Schuldigen endlich einmal der verdienten Strafe zuzuführen. Man hört ungeheuer viel, wie sich so manche durch die Güter des Staates unendlich bereichert haben. Es ist aber hier nicht der Platz, daß man über diese Leute zu Gericht sitzt. Es hat der Herr Berichterstatter dies in einer gewissen Art versucht und ich möchte in dieser Beziehung auf die Anwürfe, die man gegenüber Steiermark erhoben hat, zurückkommen. Es ist gewiß nicht abzuleugnen, daß auch von allen Schichten der Bevölkerung

Steiermarks in dieser Beziehung so manches verbrochen worden ist. Wenn der Herr Berichterstatter von dem ehemaligen Abgeordneten Huber gesagt hat, daß sich dieser bei der Sachdemobilisierung so gut als möglich schadlos gehalten und die Demobilisierungsgüter den bäuerlichen Organisationen zur Verteilung gegeben habe, so muß ich hier konstatieren, daß mir und auch meinen hiesigen Kollegen darüber gar nichts bekannt ist. Wir werden uns bemühen, Nachforschungen zu pflegen, ob diese Anwürfe der Wahrheit entsprechen.

Was die Beschuldigung betrifft, daß gerade die Bauern es waren, die sich eine Unmenge von Sachgütern zukommen ließen, so muß ich hier feststellen, daß gerade umgekehrt die Bauernschaft insbesondere in Steiermark es war, die von der Sachdemobilisierung am allerwenigsten bekommen hat. Zur Zeit des Umsturzes mögen manche Bauern etwas bekommen haben; das war aber sehr wenig, und was man da bekommen hat, das ist alles auf rechtmäßige Art und Weise erworben worden; das andere ist durch die landwirtschaftlichen Filialen der Landbevölkerung zugekommen, das war aber verhältnismäßig nur wenig. Wenn ich mir auf der andern Seite vor Augen halte, daß gerade die Bauernschaft es war, die während der Kriegszeit die meisten Opfer gebracht hat, die Pferde, Wagen und alles mögliche der Kriegsführung zuführen mußte, so muß ich konstatieren, daß es dieselbe Bauernschaft war, die von den Gütern des Staates beim Zusammenbruch am allerwenigsten erhalten hat.

Bezüglich der Pferde ist es ein ganz eigenes Kapitel. In Graz sind in der Reiterkaserne in der Leonhardstraße 1400 bis 1500 Pferde gestanden und man war froh, wenn jemand gekommen ist und die Pferde um billiges Geld zusammengekauft hat, da kein Futter für sie vorhanden war. Da sind freilich die Bauern hin, weil sie einen großen Pferdemangel hatten und ihr Fuhrwerk nicht bewerkstelligen konnten, und haben Pferde gekauft. Aber andererseits sind Schieber vom Osten nach Graz gekommen, haben Pferde zusammengekauft und in Wien mit ungeheurem Gewinn an die Pferdefleischhauer verkauft. (*Rufe: Hört! Hört!*) Das ist etwas ganz anderes. Dann versucht man vielfach, die Bauern als diejenigen hinzustellen, die immer schauen, soviel als möglich einen „Rebach“ zu machen. Es mag manches wahr sein und ich will Dinge, die vorgekommen sind, nicht ableugnen oder beschönigen, aber andererseits darf man nicht darüber hinweggehen, daß in mancher Beziehung — ich will nur ein paar Beispiele anführen — auch die anderen Schichten des Volkes wirklich genommen haben. Es war im Göttinger Monturdepot, wohin eines schönen Tages Arbeiter und andere Leute aus Graz gekommen sind und eine förmliche

Blünderung veranstaltet haben und dann karawanenweise mit vollbepackten Rucksäcken in die Stadt gezogen sind. Davon hat man natürlich nichts erwähnt. Gehen wir weiter zum Lager von Felzbach, das in meinem Wahlkreise und in meiner Nähe liegt. Dort war ein ungeheures Lager. Wie hat dort die Sache ausgesehen? Es war eine Unmenge von landwirtschaftlichen Gerätschaften da und die Landwirtschaft hat — weiß Gott — wiederholt durch uns und ihre Organisationen bei der Zentrale der Sachdemobilisierung verlangt, daß die landwirtschaftlichen Geräte und Bedarfsartikel, die dort in Mengen vorhanden waren, ihnen zugute kommen mögen, die Leute haben aber nur sehr wenig bekommen. Wohl aber ist es vorgekommen, was den Herren vielleicht nicht bekannt sein dürfte — und wenn es bekannt ist, hat man es wohlweislich verschwiegen — daß Arbeiter- und Soldatenräte und eine Menge von Arbeitern während der Nacht mit Hilfe anderer unlauterer Elemente die Waren weggeschleppt haben, leider Gottes, das möchte ich hier festgestellt haben. Wenn Kollege Regner sagt, daß das von dem kommunistischen Räte in Felzbach geschehen sei und daß die Leute gewissermaßen gezwungen waren, so möchte ich das doch in Abrede stellen, denn es war unter einem Teile der dortigen Arbeiterschaft — ich nehme nicht alle zusammen — das Bestreben, das Lager zu sozialisieren. Sie haben sich quasi eine eigene Lagerregierung eingesetzt und die Landesregierung hatte vollkommen recht und es war kein Schildbürgerstückchen, daß sie dort mit scharfer Hand energisch zum Wohle aller und des Landes Steiermark eingegriffen hat. *(Sehr richtig!)*

Es wäre noch vieles anzuführen, aber ich glaube, es ist genug. Es ist nur zu wünschen, daß die Kommission, die heute hier eingesetzt werden soll, in alle Winkel, in alle Orte und Anstalten hineinleuchtet, die Eiterbeule zum Plagen bringt und die Schulbigen der Bestrafung zuführt, seien es Juden aus Ostgalizien oder christliche Juden, die wir von seiten unserer Partei so wie Sie auf das schärfste verurteilen. *(Beifall.)*

**Präsident** *(welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz wieder übernommen hat):* Zum Worte gelangt der Generalredner, pro, Abgeordneter Rittinger.

**Abgeordneter Rittinger:** Hohe Nationalversammlung! Angesichts der bereits sehr vorgeschrittenen Zeit und um nicht zu wiederholen, was von den geehrten Herren Vorrednern bereits in der Wechselrede vorgebracht wurde, will ich mich bemühen, mich sehr kurz zu fassen, und mich nur auf Dinge beschränken, die sich in der Gegenwart oder in der jüngsten Vergangenheit abgespielt haben,

und alles andere vom Beginn der Sachdemobilisierung seit dem Zusammenbruche unberührt lassen. Uns allen muß es interessieren, daß die noch vorhandenen Sachgüter endlich in den volkswirtschaftlichen Verkehr, und zwar auf legale Weise gelangen. Ein großer Teil derselben kommt ja allerdings in den volkswirtschaftlichen Verkehr, aber rätselhafterweise im Schleich- und Kettenhandel und das ist etwas, was jeden, der auf die Interessen des Staates, beziehungsweise die richtige Verwertung der staatlichen Güter bedacht ist, eigenartig berühren muß. Ich kann mir ja teilweise denken, wieso dies kommt, obwohl es für mich keine vollkommene Rechtfertigung darstellt. Wir müssen uns der Psyche der ganzen Bevölkerung seit der Zeit des Zusammenbruchs bewußt sein. Der Umsturz selbst — das wissen wir — hat in vielen Kreisen die Meinung hervorgebracht, daß die Republik eine Staatsform sei, in welcher jedermann tun könne, was er wolle. Andererseits hat es die Revolutionierung der Geister überhaupt mit sich gebracht, daß vielleicht das vorhandene gewesene Verantwortlichkeitsgefühl zum großen Teil abgenommen hat und daher für die Verwaltung der staatlichen Güter oder der Güter der Allgemeinheit nicht jenes unbedingt notwendige erhöhte Pflichtgefühl und Verantwortlichkeitsgefühl vorhanden war, welches zu einer sachgemäßen, zweckdienlichen und entsprechenden Verwaltung dieser Güter notwendig gewesen wäre. Es ist daher die ganze gegenwärtige Verwaltung der Sachdemobilisierungsgüter auf Bahnen gelangt, welche geeignet sind, uns zu interessieren, uns zu verpflichten, der Sache auf den Grund zu gehen. Wir stimmen daher dem vorliegenden Antrage auf Einsetzung eines Ausschusses vollkommen zu, und ich werde mir nur ganz kurz darzulegen gestatten, daß wir hinsichtlich seiner vollkommenen Zweckdienlichkeit einige Bedenken haben, wenn nicht gleichzeitig die notwendigen staatlichen Vorbedingungen erfüllt werden. Ich denke als Niederösterreicher zunächst an die in Niederösterreich vorhandenen Materiallagerplätze und darunter vornehmlich an die größten Lagerplätze für Militärgüter in Klosterneuburg, Kornneuburg, Wöllersdorf und Brunn am Gebirge.

Ich will zunächst nur feststellen, daß beispielsweise in Brunn am Gebirge vor kurzem abgelegte Volkswehrmonturen verwertet werden sollten. Diese Monturen, von denen beiläufig 20.000 Kilogramm vorhanden gewesen sein sollen, wurden nach dem Gewicht verkauft, weil sie größtenteils defekt waren. Die Zivilgewerbetreibenden haben sich dafür interessiert, weil ja tatsächlich Stoffe auch für Reparaturen nicht zu bekommen sind und daher die Schneider, Kleider- und Konfektionsindustrie ein Interesse daran hatten, diese Monturen zu erwerben. Es wurden der Heeresverwaltung auch, wie ich aus sicherer Quelle erfahren habe, Angebote mit

10 bis 16 K pro Kilogramm gemacht. Nichtsdestoweniger hat die Heeresverwaltung die Veräußerung dieser Militärgüter der Hauptstelle für Sachdemobilisierung übergeben und diese hat die 20.000 Kilogramm Monturen an einen Hausfreund der Hauptstelle zu 8 K pro Kilo verkauft. Das sind Tatsachen. Es handelt sich also um 8 K pro Kilo bei diesen 20.000 Kilogramm. Das ist ja kein ungeheurer Betrag und spielt in unserem Willkürbudget keine Rolle, aber ich will damit nur die Vorgangsweise beleuchten.

In Wöllersdorf liegen bedeutende Mengen von Messing. Die Metallstelle, der Wirtschaftsverband der Metallherzeuger und das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten waren darüber einig, daß von diesem Messing der Privatindustrie etwas abgegeben werden soll. Die Leute bekamen ihre Anforderungsscheine — oder wie diese Dokumente heißen — und sind nach Wöllersdorf gegangen, der Betriebsrat von Wöllersdorf hat sich jedoch mit aller Energie dagegen gestellt und hat nichts abgegeben. Er hat gesagt: Was kümmert uns das Staatsamt? Wir, der Betriebsrat, geben nichts ab! Es wurde tatsächlich nichts abgegeben. Derselbe Betriebsrat — und das ist das Sonderbare — hat dieses vorhandene Messing, das in unsere Industrie zu hohen Finalwerten hätte verarbeitet werden können, welche wir als Kompensationsgüter sehr notwendig gebraucht hätten, der kunstgemäßen höheren Verwertung entzogen und in Wöllersdorf Mörser daraus gießen lassen. Diese Mörser, der roheste Guß und die roheste Verwendungsform für solche wertvolle Metalle, wurden als solche ausgeführt, natürlich mit einem sehr geringen Finalwert, und dann im Ausland umgegossen und für andere Industriezwecke verwendet. Ich bin entschieden dagegen, daß wir die bei uns ohnehin so spärlich vorhandenen Materialien, insbesondere Messing und Kupfer auf solche Weise unserer Volkswirtschaft und dadurch unserem allgemeinen Staatsinteresse entziehen. Hier handelt es sich um die Ernährung des ganzen Volkes, es wären ja diese Kompensationsgüter in erster Linie zur Erwerbung von Lebensmitteln zu verwenden gewesen.

Gleichzeitig ist festzustellen, daß seit dem Neujahr dieses Jahres Metalle überhaupt schwer zu bekommen sind. Das Staatsamt für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten hat daher Anweisungen auf das Lager in Wöllersdorf gegeben, es solle einige oder mehrere, jedenfalls eine größere Anzahl von Waggons Messing für die allgemeine Volkswirtschaft freigeben. Der Betriebsrat aber hat die Freigabe verweigert. Erst später hat er genehmigt, daß einige Waggons von diesen Metallen für die Privatindustrie abgegeben werden, und zwar für den Zeitraum eines halben Jahres. Wenn wir die

Bedrängnis unserer gesamten Industrie und des Gewerbes, deren ungeheure Not an Rohmaterial ins Auge fassen und bedenken, daß durch die Vorkhaltung dieses Materials nicht nur der betreffende Unternehmer, sondern neben ihm in viel empfindlicherer Weise seine Arbeiterschaft in Mitleidenschaft gezogen wird, können wir über solche Vorkommnisse nicht gleichgültig hinweggehen, dies um so weniger, als dieses Metall gleichzeitig von Schleichhändlern zu enormen Preisen in allen Mengen den Industriellen angeboten und gleich beim Verkaufe gesagt wird: Zu beziehen in Wöllersdorf oder am Flugfelde oder in Aspern. Insbesondere von Aspern und dem Flugfelde bei Aspern werden ganz bedeutende Mengen durch den Schleichhandel in Verkehr gebracht. Das sind tief bedauerliche Zustände bei der Bewirtschaftung und Verwertung dieser Sachen.

Von einem Ingenieur einer Fabrik, welche für ihre Produktion Kupfer in größeren Mengen verwenden muß, wurde mir die Mitteilung gemacht, daß der Firma auf Grund des Nachweises, daß sie einen Bedarf an Kupfer für die nächste Zeit notwendig hat, von der Hauptstelle für Sachdemobilisierung ein Ausfuhrschein für Kupfer gegeben würde, welches in Wöllersdorf zu beziehen sei. Der Ingenieur ist nach Wöllersdorf gegangen, der Betriebsrat hat aber gesagt: „Was fällt Ihnen ein? Wir geben kein Kupfer!“ Der Ingenieur sagte: „Ich habe doch die Ausfuhrbewilligung und den Anforderungsschein hier.“ „Was kümmert uns die Hauptstelle, was kümmert uns das Staatsamt, das geht uns nichts an, wir geben kein Kupfer ab!“ Und die Fabrik hat tatsächlich kein Kupfer bekommen.

So könnte man noch eine ganze Reihe von konkreten Fällen anführen. Nun aber ist die Metallstelle auch auf eine zeitgemäße Stufe der Betriebsform gekommen und wendet folgende Art an. Wenn sich eine metallverarbeitende Firma, nachdem das Metall noch immer staatlich bewirtschaftet wird, an die Metallstelle wegen Zuweisung von Metallen wendet, sagt die Metallstelle: „In Wöllersdorf zu beziehen.“ In Wöllersdorf gibt aber der Betriebsrat nichts heraus. Sie sagt dann: „Wir könnten Ihnen helfen, wenn Sie sich an diese oder jene Firma wenden. Diese Firma hat bekanntermaßen größere Mengen von Metallen lagernd, und wenn sie sich erbötig erklärt, Ihnen welches davon abzugeben, haben wir nichts dagegen, Ihnen einen Freigabeschein auszufertigen.“ Der betreffende Metallwarenerzeuger setzt sich nun mit der genannten Firma in Verbindung, die Firma erklärt sich bereit, ihm einen Teil ihres lagernden Metalls abzutreten, natürlich zu enorm hohen Preisen und mit der gleichzeitigen Bemerkung, daß das Metall in Wöllersdorf oder in Aspern zu beziehen sei. (Hört! Hört!) Diese Dinge sind es, welche einer sehr eingehenden Untersuchung bedürfen.

Eine Wiener Messingfabrikationsfirma hat — das ist ein sehr typischer Fall — im Juni 1918 an die Metallstelle 537 Kilogramm fertiger Messingscharniere, das Kilogramm zu 5 K, abgeben müssen, weil sie angefordert wurden. Nach dem Zusammenbruch im November hat dann die Firma an die Metallstelle ein Schreiben wegen Einräumung des Rückkaufrechtes gerichtet. Das hat die Metallstelle zugesagt, jedoch sagte man gleichzeitig, die Eisenstücke seien schon herausgeschlagen und die Scharniere schon zerschlagen. Nichtsdestoweniger ist im April ein Schleichhändler zu der Firma gekommen und hat ihr genau dasselbe Quantum, 537 Kilogramm Messingscharniere, jedoch das Kilogramm nicht um 5 K, sondern um 27 K zum Kauf angeboten. Ich will den ganzen Werdegang dieses Kaufgeschäftes nicht darlegen, es ist natürlich durch einen dreibis viermaligen Zwischenverkauf zu diesem Preise von 27 K gekommen. Die Firma hat rechtzeitig das Kriegswucheramt verständigt und in dem Augenblicke, wo der Mann die Messingscharniere bei ihr abgeliefert hat, war ein Vertreter des Kriegswucheramtes anwesend und hat die Ware beschlagnahmt. Das sind nur Kleinigkeiten, es geschehen viel größere Schiebungen. Da Wege und Anzeigen bei irgendeiner Stelle zu machen, nützt nichts, weil niemand im Staate ist, der die nötige Autorität zur Willensvollstreckung des Staates besitzt. Und daran, meine Herren, franken wir.

Ich will Sie nicht länger mit der Aufzählung von Details belästigen, ich möchte Ihnen aber doch noch ein interessantes amtliches Dokument vorweisen. Da hat eine größere genossenschaftliche Organisation von der Sachdemobilisierungshauptstelle einen Ausfuhrschein aus dem Trainzeugsdepot, heute genannt Industrierwerke, in Klosterneuburg bekommen. Die Genossenschaft hat auf Grund dieser legalen Ausfuhrbewilligung ihre Fuhrwerke nach Klosterneuburg geschickt, bekommen hat sie jedoch nichts. Der Betriebsrat sagte ganz kategorisch: das geht uns nichts an, wir sind hier ein staatlicher Betrieb und geben von den Sachdemobilisierungsgütern nichts ab. Es wurde dann von den Vertretern dieses Genossenschaftsverbandes mit dem Leiter des dortigen Industrierwerkes eine Tatschrift aufgenommen, die mir hier im Original vorliegt und in der folgendes festgestellt wird (*liest*): „Der Depotleiter verständigt hiermit die Partei, daß dieser Abtransport nicht stattfinden könne, nachdem der Genannte vom Betriebsrat der Arbeiterschaft des Industrierwerkes Klosterneuburg in Kenntnis gesetzt wurde, daß dieselbe über die Sachgüter der Hauptanstalt die Ausfuhrsperrre verhängt habe und jeden Versuch, dieselbe zu durchbrechen, mit Anwendung von Gewalt verhindere.“ So, meine Herren, sieht es aus! Und den anderen Tag — man sagte den Herren, am nächsten Tage werden sie die Ware

bekommen —, als sie neuerlich mit ihren Fuhrwerken nach Klosterneuburg kamen, standen im Tore mit Knütteln bewaffnete Arbeiter und sagten: den ersten, der hereingeht, werden wir entsprechend hinaustreiben! so daß die Herren unverrichteter Dinge weggefahren sind.

So also sieht es bei der Verwertung der Heeresgüter aus! Und darum sage ich, wir begrüßen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und wünschen, daß in die ganze Durchführung der Sachdemobilisierung ein klarer Einblick geschaffen werde, und zwar wünschen wir es aus zwei Gründen: zunächst weil über die Durchführung der Sachdemobilisierung in der Bevölkerung ein so ungeheurer Unwille besteht und so viel gesprochen wird, daß es auch vom staatlichen Standpunkte notwendig ist, hier Klarheit zu schaffen, um Wahrheit von Unwahrheit oder Übertreibung unterscheiden zu können. Es liegt dies daher im Interesse des staatlichen Ansehens sowohl wie gleichzeitig auch im Interesse aller jener Personen, welche bei der Sachdemobilisierung beteiligt sind, andererseits aber, meine Herren, ist es auch unsere Pflicht, alles herbeizutragen, um dann, wenn sich irgendwo ein unlauteres Gebaren herausstellt, entsprechend korrigierend oder, wenn notwendig, strafend einzugreifen. Darum handelt es sich nun: Wer im Staate, frage ich, wird diesem Ausschuss die notwendige Autorität verschaffen, daß er überall, wo er es für notwendig findet, sich klaren Einblick verschaffen kann, so wie es ihm beliebt und nicht so, daß es ihm gnädigt gestattet wird? Ich befürchte, daß mit Rücksicht auf die vorgebrachten Vorgänge, die ich mit verschiedenen Dokumenten belegen und deren Zahl ich noch erweitern könnte, es ganz gut sein könnte, daß in manchen solchen Militärgüterlagern von der Bewachungsmannschaft, der Arbeiterschaft eine ablehnende Haltung eingenommen wird, welche einfach so wie in den von mir angeführten Fällen sich auch gegenüber dem Untersuchungsausschusse auf den Standpunkt stellen könnte: Wir sind hier selbst die Verwahrer dieser Sachgüter und lassen niemand herein, selbst wenn er vom Staatsamt oder sogar vom Präsidenten der Republik die Ermächtigung hat, wir lassen nur denjenigen herein, dem wir gestatten, in unsere Räume einzutreten. Wenn die Tätigkeit des von uns gewählten Ausschusses an die Zustimmung dieser Herren gebunden wäre, dann, meine Verehrten, wäre es besser, man würde diesen Ausschuss gar nicht ins Leben rufen, weil er dann seinen Zweck nicht erfüllen könnte und weil diejenigen Herren, welche die Ehre haben, von der hohen Nationalversammlung mit diesem Mandat betraut zu werden und in diesen Ausschuss entsendet werden, sich nur eine Schlappe holen könnten und vielleicht ihren politischen Namen und ihre Persönlichkeit lächerlich machen würden. Das wollte ich

vermieden wissen und deshalb sagte ich eingangs meiner Worte: Wir begrüßen die Einsetzung dieses Ausschusses, bitten aber gleichzeitig und machen darauf aufmerksam, daß die notwendigen Vorbedingungen für die Durchführung des Willens der Nationalversammlung und des Staatswillens geschaffen werden, weil sonst die Tätigkeit des Ausschusses von vornherein unterbunden wäre. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

**Berichterstatter Abram:** Meine Herren! Mein Gang zur Offenheit und die Dinge so zu benennen und aufzuzeigen, wie sie liegen, hat viele als Verteidiger ihrer Gegenden an diesen Tisch geführt. Ich erkläre, daß ich von dem, was ich in gewissenhafter Weise, der Aufgabe eines Berichterstatters folgend, von allen Gebieten sammelte, in mildester Form Gebrauch gemacht habe. Die Eigenberichte aus den Ländern und aus den Gebieten werde ich mir dann erlauben, dem gewählten Ausschuss einzuhändigen.

Trotz der vorgeschrittenen Zeit aber noch ein paar Worte zu einigen Rednern. Der Herr Kollege Dr. Straffner war der Meinung, ich hätte aufordern sollen, jene Menschen, die die Niederlage des Staates und den Zusammenbruch verursacht haben, als Bewahrer der Sachdemobilisierung insbesondere in den der Front benachbarten Alpenländern hinzustellen und zur Verantwortung zu ziehen. Ja, wenn ich dieses Kapitel anschneiden wollte, so müßte ich alle unsere glorreichen Heerführer hier aufmarschieren lassen, die genau wußten, wie die 100 Publikationen in der jüngsten Zeit beweisen, wie es um unsere Front stand, daß sie nicht zu halten war und die trotzdem in unverantwortlicher Täuschungsabsicht bis in die jüngsten Tage des Zusammenbruches noch Züge südwärts instradiert weiterlaufen ließen und so das ungeheure Chaos insbesondere auf der Brennerbahn und in Kärnten mit verursacht haben. Darauf gehe ich vollständig ein. Wenn man die Heerführer und alle die verantwortlichen Faktoren und die höchste Bureaucratie des Staates zur Verantwortung zieht, dann wird das eine Sache sein, der wir Sozialdemokraten mit Vergnügen folgen können.

Ansonsten aber hat es mich verwundert, daß gerade ein Theologe, ein Geistlicher, mir hier meine Offenheit übelnimmt. Ich habe im Schlußwort nicht versäumt, eine Erklärung für die Handlungen der Bauern bald nach dem Zusammenbruch der Front zu suchen. Aber ich hätte gemeint, daß Herr Kollege Paulitsch mir dankbar wäre, daß ich die Wunde offen aufzeige, daß ich auch zeige, was auf dem Lande und nicht allein, was in der Zentrale zu sagen ist. Er und seine Berufskollegen, hätte

ich angenommen — halten Sie mich für naiv, aber als aufgewachsener Tiroler bin ich dieser Anschauung — hätten mir dankbar sein müssen, daß ich den Finger dorthin lege und daß dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, auch auf dem Lande draußen nach dieser Richtung Remedur zu schaffen.

Wenn nun aber der letzte Redner gemeint hat — ich kann bei der vorgeschrittenen Zeit nicht die ganze Reihe durchgehen, — daß die Arbeiter die Ausfolgung von Material in den staatlichen Industriewerken vielfach verweigern, so bitte ich doch den sehr geschätzten Herrn Kollegen, die Nachforschungen so zu gestalten, ob nicht etwa die Ursache dieser Handlung der Arbeiter die Kenntnis davon war, daß die beanspruchten Metalle wie viele hundert andere Dinge in Schieberhände, eventuell ins Ausland gelangen. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)* Ich darf also die Bitte aussprechen, daß Sie auch nach dieser Richtung hin Ihre Untersuchung lenken. Wenn die Arbeiter in berechtigter Sorge um ihre Existenz nicht leichtfertig zur Frage des Rohmaterials Stellung nehmen, weil sie ja selber wissen, daß die Rohmaterialfrage die primärste ist, daß ihre Arbeit erst erfolgen kann, wenn etwas zu verarbeiten da ist, so, glaube ich, muß man diese Handlung der Arbeiterschaft vollständig verstehen.

Im übrigen, meine Herren, war ich als Berichterstatter bemüht, die Anklagen, die die Städte und die Hauptstädter gegen die Länder und die Anklagen, die die Länder gegen die Hauptstädter und die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung erheben, in gedrängtester Form anzudeuten und so dem Ausschuss einen Fingerzeig zu geben, wie ich mir die Untersuchung vorstelle. *(Zwischenrufe.)* Da Sie aber alle miteinander erklärt haben, daß Sie dem Antrage zustimmen, so glaube ich mit meiner Berichterstattung auch das Richtige getroffen zu haben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich schreite zur Abstimmung. Der Antrag, den der Hauptausschuss stellt, lautet *(liest):*

„Die Konstituierende Nationalversammlung wolle beschließen:

Die Nationalversammlung wählt eine Kommission von sieben Mitgliedern zur Überprüfung der Gebarung mit den Sachabrüstungs-gütern. Die Kommission hat:

1. die Gebarung der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zu überprüfen, insbesondere festzustellen, welche Sachabrüstungs-güter die Hauptanstalt übernommen hat, welche Mengen, zu welchen Preisen und an welche Personen sie verkauft worden sind, welche Bestände noch vorhanden sind

und nach welchen Grundsätzen ihre Bewertung erfolgt;

2. festzustellen, ob und inwieweit der Hauptanstalt Sachabrüstungsgegenstände durch Verfügungen der Staatsbehörden, der Landesregierungen, der Gemeinden, anderer Körperschaften, Anstalten oder Personen entzogen worden sind und inwieweit dem Staate Forderungen aus eigenmächtiger Entziehung von Sachabrüstungsgegenständen erwachsen sind.

Die Kommission hat festzustellen, welche weiteren, im Zusammenhang mit der Sachabrüstung stehenden Verwaltungszweige und Anstalten einer parlamentarischen Untersuchung bedürftig sind, und der Nationalversammlung erforderlichenfalls Anträge über die Erweiterung des Kreises der zu untersuchenden Gegenstände und über die Gewährung besonderer gesetzlicher Befugnisse an die Kommission zu stellen. Die Staatsregierung wird aufgefordert und die Landesregierungen werden ersucht, der Kommission alle erforderliche Unterstützung zu gewähren, ihr insbesondere auch die notwendigen Auskünfte zu geben und die notwendigen Beihilfe beizustellen."

Ich werde den Antrag, da ein Abänderungsantrag nicht gestellt ist, unter Einem zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen Abgeordneten, welche dem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Der Antrag ist angenommen.

Die Parteien werden eingeladen, die Kandidaten für diese Kommission ehestens zu nominieren und der Kanzlei des Hauses bekanntzugeben.

Wir schreiten zum Schlusse der Sitzung.

Ich werde zuweisen:

Dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht:

den Antrag des Abgeordneten Friedmann und Genossen, betreffend die Verstaatlichung der Mädchenmittelschulen (803 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschusse:

den Antrag der Abgeordneten Kunschak, Fischer, Steinegger und Genossen, betreffend die Neuregelung der Bezüge der Abgeordneten zur Nationalversammlung (804 der Beilagen),

den Antrag der Abgeordneten Schneidmahl, Bretschneider, Polke und Genossen, betreffend die Bewilligung einer staatlichen Notstandshilfe für die durch die große Brandkatastrophe vom 29. März 1920 überaus schwer geschädigte Gemeinde Wilhelmsburg (806 der Beilagen),

den Antrag der Abgeordneten Gabriel, Gröger, Hubmann, Tusch und Genossen, betreffend die Förderung des Badeortes Millstatt in Kärnten (802 der Beilagen);

dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft:

den Antrag der Abgeordneten Stocker, Birchbauer, Altenbacher, Größbauer, Egger, Wimmer, Dr. Schönbauer, Schöckner, Kröchl, Grahamer, Thanner und Genossen, betreffend die Novellierung des Wiederbesiedlungsgesetzes (805 der Beilagen).

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Dienstag, den 20. April, 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (330 der Beilagen), betreffend das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

2. Wahl der Kommission zur Überprüfung der Gebarung mit den Sachabrüstungsgegenständen.

Demgemäß würde am Dienstag die Budgetdebatte beginnen. Wird gegen die Tagesordnung, Tag und Stunde eine Einwendung erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall.

Ich bin nach § 68 der Geschäftsordnung verpflichtet, am Beginn der Budgetdebatte am Dienstag einen Vorschlag über den ganzen Verhandlungsplan zu erstatten und möchte diesen Vorschlag schon heute dem Hause mitteilen, damit die Parteien sich darüber äußern können.

Ich werde also am Beginn der nächsten Sitzung beantragen, daß für die zweite Lesung des Staatsvoranschlages zirka zwölf Sitzungstage in Aussicht genommen werden und daß die Spezialdebatte in folgende zehn Punkte gegliedert wird:

1. Abschnitt der Spezialdebatte,  
umfassend die Gruppen I Oberste Volksorgane,  
II Gerichte öffentlichen  
Rechtes,  
III Staatsrechnungshof,  
VII Staatskanzlei,  
XIV Auseres.

2. Abschnitt der Spezialdebatte,  
umfassend die Gruppen IV Staatsschuld,  
V Überweisungen,  
VI Pensionen,  
X Finanzen,  
XXI Pauschalreserven,  
XIX Kriegsmaßnahmen.

3. Abschnitt der Spezialdebatte,  
umfassend die Gruppe VIII Inneres,  
Unterricht,  
Kultur.
4. Abschnitt der Spezialdebatte,  
umfassend die Gruppe IX Justiz.
5. Abschnitt der Spezialdebatte,  
umfassend die Gruppen XV Heereswesen,  
XX Liquidation.
6. Abschnitt der Spezialdebatte,  
umfassend die Gruppen XI Land- und Forstwirtschaft,  
XVI Volksernährung.
7. Abschnitt der Spezialdebatte,  
umfassend die Gruppen XII Handel und Gewerbe, Industrie  
und Bauten,  
XVIII Sozialisierung.
8. Abschnitt der Spezialdebatte,  
umfassend die Gruppe XIII Soziale Verwaltung.
9. Abschnitt der Spezialdebatte,  
umfassend die Gruppe XVII Verkehrswesen.
10. Abschnitt der Spezialdebatte,  
umfassend das Finanzgesetz samt dem II. Nachtrag.

Darnach wären für die Generaldebatte ungefähr zwei Sitzungstage in Aussicht genommen — die Sitzungen werden etwas länger dauern, gewöhnlich mindestens sechs Stunden —, dann für jeden Abschnitt der Spezialdebatte je einen Sitzungstag. Schließlich werde ich mir erlauben, am Beginn der nächsten Sitzung vorzuschlagen, daß im Sinne des § 68 G. D. die Redezeit eine Stunde beträgt. Wenn irgendwelche von diesem Vorschlage abweichenden Wünsche geltend gemacht werden, können sie ja noch berücksichtigt werden. Jedenfalls erfolgt mein Vorschlag im Einvernehmen mit dem Hauptauschuß. (Dr. Straffner: Herr Präsident, der Zeitpunkt, 11 Uhr vormittags, ist zu früh angenommen, es sind ziemlich viele Abgeordnete weggefahren und diese dürften wahrscheinlich wegen der Zugverspätung um 11 Uhr noch nicht da sein!) Das wäre sehr bedauerlich, weil bekanntlich unsere Ordnung dahin geht, daß nach einer längeren Pause in den Vollverhandlungen dann zwei Wochen nacheinander Sitzungen abgehalten werden. (Zwischenrufe.) Ich würde sehr bedauern, wenn das richtig wäre. Aber später kann man es nicht gut machen, weil die Sitzung eben längere Zeit dauert. (Abgeordneter Dr. Angerer: Man könne um 1 oder 2 Uhr beginnen!) Das ist wegen der Stenographen und wegen der Staatskorrespondenz auch nicht möglich. (Abgeordneter Dr. Schönbauer: Wir haben am Dienstag immer um 3 Uhr Sitzung gehabt!) Aber das sind nicht Sitzungen von solcher Dauer gewesen, wie sie bei der Generaldebatte über das Budget sein werden.

Wenn ein anderer Antrag gestellt wird, werde ich ihn zur Abstimmung bringen. Wird eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Es bleibt daher bei meinem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 7 Uhr 15 Minuten abends.**

Faint, illegible text visible on the left side of the page, possibly bleed-through from the reverse side.